

Adressspindler

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 16. August 1930

Nummer 66

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Eine neue Reichstagswahl steht bevor. Der 14. September wird entscheidend sein für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse.

Die Notverordnungen, die von der Reichsregierung unter Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden sind, reden eine deutliche Sprache. Schonung des Besitzes und schonungslose Belastung der geringen Einkommen, rücksichtslose Abwälzung aller Lasten auf die Schichten des Volkes, die ohnedies durch die furchtbare Arbeitslosigkeit das schwerste Notopfer auf sich zu nehmen haben!

Löhne und Kaufkraft der breiten Massen werden gesenkt. Die soziale Versicherung wird verschlechtert, Arbeitslose und Kranke werden noch größerem Elend preisgegeben. Die sozialen Grundrechte des neuen Staates werden zerschlagen. Der Einfluß der Arbeiterschaft in der Führung des Staates wird planmäßig ausgeschaltet.

In dieser Situation, in der sich auf allen Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Einfluß des reaktionären Unternehmertums im Parlament immer stärker durchzusetzen droht, gibt es für die Gesamtheit der deutschen Arbeiter nur eine Partei, die sie mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft zu unterstützen hat: die Sozialdemokratie.

Nur die Sozialdemokratie hat das im neuen Staat geschaffene soziale Recht im Bunde mit den Gewerkschaften verteidigt. Sie hat den Kampf führen müssen gegen die geschworenen Feinde des neuen Deutschlands auf der äußersten Rechten und Linken, aber auch gegen jene Parteien, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung zu stehen vorgeben. Sie mußte ihn auch führen gegen manche Arbeitervertreter in den bürgerlichen Parteien, die die Lebensinteressen der Arbeiterschaft in den sozialpolitischen Kämpfen der letzten Vergangenheit widerstandslos preisgegeben haben. Sie steht im Kampf auch gegen alle die radikalen Parteien, die eine hemmungslose Agitation gegen die freien Gewerkschaften führen und ebenso verantwortungslos wie verworren bald den bolschewistischen Sowjetstaat, bald das falsche „Dritte Reich“ versprechen.

In dem großen Ringen um den demokratischen Ausbau der deutschen Republik, um das wirtschaftliche und politische Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse, um die Ausgestaltung der Sozialversicherung und die Erweiterung des sozialen Schutzes stehen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften allein.

Die Reformvorschläge der Sozialdemokratie zur Finanzreform und Wirtschaftsbelebung, deren Grundgedanken die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit und die unbedingte Aufrechterhaltung der sozialen Verpflichtungen des Reiches waren, sind von der Reichsregierung in den Wind geschlagen worden, weil die gegenwärtige Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien kein anderes Ziel vor Augen sehen, als eine rein bürgerliche Mehrheit gegen die Sozialdemokratie, gegen die Gewerkschaften, gegen die Arbeiterschaft.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Die Entscheidung liegt in euren Händen! Der Kampf geht um eure Zukunft!

Eure Parole muß sein:

Gegen die liberal-konservative Einheitsfront der sozialen Reaktion!

Gegen die leeren Phrasen der Kommunisten und Nationalsozialisten!

Alle Stimmen der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Berlin, den 16. August 1930.

Vorstand und Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Sozialreaktion und Sozialdemokratie

Der Bürgerblock, der bis zu den Maiwahlen 1928 den Reichstag und die Reichsregierung beherrschte, hatte der neuen Regierungskoalition, in welcher die Sozialdemokratie den Reichskanzler, Finanz-, Arbeits- und Wirtschaftsminister stellte, leere Kassen und einen Geldbetrag von 600 Millionen Mark hinterlassen. Infolgedessen glaubten jetzt die Scharmacher und ihre Pressorgane die Zeit für gekommen, um der Arbeitslosenversicherung den Garaus zu machen. Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände verlangte in einer Denkschrift allgemeine Herabsetzung der Unterhaltungsätze, Einführung einer Bedürftigkeitsprüfung, die Herausnahme der Saison- und Heimarbeiter. Zugleich wurde eine wilde Hege vor allem gegen die Saisonarbeiter bzw. Bauarbeiter eröffnet. Es wurde behauptet, daß die Saisonarbeitslosen im Winter aus der Stadt kämen, sich mit hoher Arbeitslosenunterstützung in ländlichen Gegenden niederließen und dort zum Ärger der Ortsarbeiter eine Rente verzehrten, die höher als der Durchschnittslohn am Ort sei. Der Saisonarbeitslose wurde als der Typ des Arbeitslosen hingestellt, der stets nur 26 Wochen arbeite, um für die andern 26 Wochen eine Dauerrente zu genießen. Wirkliche Mißstände der Arbeitslosenversicherung wurden ungeheuerlich aufgebauscht, auch wurde der Versuch unternommen, eine Arbeiterfahndung gegen die andre aufzuheben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ließ nicht den geringsten Zweifel, daß sie zwar

nachweislich vorhandene Mißstände mit beseitigen werde, aber jeden allgemeinen Abbau der Arbeitslosenversicherung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln bekämpfe, insbesondere eine Sanierung ausschließlich durch Leistungsabbau auf Kosten der Arbeitslosen ablehne. In Übereinstimmung mit den Gewerkschaften trat die Sozialdemokratie für eine befristete Beitragserhöhung ein, um das gesamte Versicherungsgebäude, mühsam aufgebaut aus den Spargroschen der Arbeiter, zu retten. Die Sozialreaktion, die darauf lauerte, die Arbeitslosenversicherung zu beseitigen, um die industrielle Reservearmee in ihren Existenzbedingungen noch weiter zu verschlechtern und so Lohnrücker zu erhalten, ließ alle Mienen springen, um der deutlichen Arbeiterschaft die der Revolution zu dankende Arbeitslosenversicherung zu rauben. In monatelangem Kampf, der nicht mehr gegen den Abbau allein, sondern um die Erhaltung der Gesamtversicherung überhaupt geführt wurde, konnte die Sozialdemokratie nicht nur die Sanierung der Reichsanstalt und die Abwehr der Abbaupläne, sondern auch nicht unwesentliche Verbesserungen erreichen. Dies Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als die Sozialdemokratie in diesem Kampf gegenüber allen bürgerlichen Parteien allein stand und von den Kommunisten, wie üblich, in wildester Weise beschimpft und verleumdet wurde.

Von der Sozialdemokratie abgewehrt wurden folgende Verbesserungspläne: Verlängerung der Wartezeiten, die volle Anrechnung der Sozialrenten, die Anrechnung der Versorgungsgebühren der Kriegsbeschädigten, die

Herausnahme der Heimarbeit, die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung und jede Kürzung der bisherigen Unterhaltungsätze. Außer dieser Verhinderung eines Abbaues der Unterhaltungen wie auch der Verschlechterung der Versicherungsbedingungen konnte die SPD. folgende Verbesserungen erzwingen: Meldezwang der Unternehmer für die Besetzung offener Stellen, Erweiterung der Versicherungspflicht für die Lehrlinge, Festsetzung einer Freigrenze von 30 M. monatlich bei der Anrechnung der Sozialrenten. Auch bei der Saisonarbeiterunterstützung, die nach der Absicht der Scharmacher ganz besonders verschlechtert werden sollte, konnte eine Verbesserung durchgesetzt werden. Nachdem die völlige Herausnahme der Saisonarbeit aus der Arbeitslosenunterstützung sowie die besondere Verlängerung der Wartezeit der Saisonarbeiter und deren besondere Beitragsbelastung abgewehrt worden war, wurde erreicht, daß die Saisonarbeiter nach Beendigung der Sonderfürsorge wieder in die Arbeitslosenversicherung eingegliedert sind. Sie sind von jeder Bedürftigkeitsprüfung befreit und haben wie jeder andre Versicherte einen Rechtsanspruch auf die gesetzliche Arbeitslosenunterstützung.

Am die Grundlage für den Haushaltsvoranschlag des Reiches für 1930 zu schaffen, unterbreitete die Reichsregierung, in welcher inzwischen der zurückgetretene sozialdemokratische Finanzminister Dr. Hilferding von dem Volksparteiler Dr. Mosdenhauer abgelöst worden war, ein Finanzprogramm und, in Verbindung damit, Vorschläge

für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Schon lange vorher hatte die Sozialdemokratie die Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch Erhöhung der Beiträge unter Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches verlangt. Aber sowohl die Erhöhung der Beiträge als auch die Befreiung des Reiches wurden von der Deutschen Volkspartei heftig bekämpft. Sie wollte durch Drohung der Entnahmen die Senkung der Unterstellungen erzwingen. In den Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien am 25. März 1930 hat der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Schulz, erklärt: „Es müsse jetzt endlich ein Halte-Signal für die Ausgaben aufgestellt werden, und es sei dringend notwendig, die Arbeitslosenversicherung unter den stärksten finanziellen Druck zu stellen, damit die Reformen zum Abbau der Leistungen erzwingen werden.“ Darum lehnte die Deutsche Volkspartei die Vorlage der Reichsregierung vom 5. März ab. In ihr war eine Erhöhung der Beiträge bis zu 4 Proz. vorgesehen. Zuschüsse von 200 Millionen Mark sollten in den Haushalt des Reiches für das Jahr 1930 eingestellt werden. Die Darlehenspflicht des Reiches sollte aufrechterhalten bleiben. Dieser Vorlage, die von den volksparteilichen Ministern mit beschloffen war, stimmte die Sozialdemokratie zu. In diesem Kampf mit der Deutschen Volkspartei stand die Sozialdemokratie allein. Zentrum, Demokraten und Bayerische Volkspartei suchten zu vermitteln. Sie machten der Deutschen Volkspartei weitgehende Zugeständnisse, obwohl dadurch beträchtliche Fehlbeträge entstehen mußten, über deren Deckung erst im Spätsommer 1930 entschieden werden sollte. Dann sollten entweder die Beiträge erhöht oder neue Mittel durch Verbrauchsteuern beschafft oder die Leistungen abgebaut werden.

Um das hohe Gut der Arbeitslosenversicherung, das für Arbeitslose wie für Arbeitende gleich wichtig ist, unverfehrt durch die jegliche Wirtschaftskrise zu bringen, war die Sozialdemokratie zu Zugeständnissen auf andern Gebieten bereit. Das ihr vorgelegte neue Kompromiß der bürgerlichen Parteien gefährdete aber die Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Denn wenn im Spätsommer wieder keine Einigung über die Beitragserhöhung zu erzielen war, was blieb dann übrig? Nur der Abbau der Leistungen! Denn in dem Schrei nach Steuererleichterungen wären neue Steuern, besonders zu diesem Zweck, nicht bewilligt worden.

Nachdem sich ergeben, daß innerhalb der Reichsregierung eine Einigung auf der Grundlage des bürgerlichen Kompromißvorschlages nicht möglich war, schlug Reichsminister Hermann Müller vor, das Kabinett solle die ursprüngliche Regierungsvorlage wieder aufnehmen. Finanzminister Dr. Molkenhauer bestand aber auf dem Kompromiß. In der Sitzung des Reichskabinetts am 27. März 1930 erklärte der Finanzminister Dr. Molkenhauer, daß er nicht länger im Kabinett verbleiben könne, wenn die Sozialdemokratie den Kompromißvorschlag für die Arbeitslosenversicherung ablehne. Damit lehnte er die von ihm selbst eingebrachte Regierungsvorlage zur Regelung der Arbeitslosenversicherung, auf deren Boden die Sozialdemokratie sich stellte, ab und machte damit gleichsam das weitere Zusammenhalten des Kabinetts Hermann Müller unmöglich, das noch am 27. März zurücktrat. Im Kampf um die Arbeitslosenversicherung fiel die Regierung der Großen Koalition auseinander. Sicherung der Unterstellung für die Wehrarmee unverfälscht arbeitslos Gewordener ist und bleibt das Ziel der Sozialdemokratie, Abbau der Leistungen ist das Ziel der Deutschen Volkspartei. Dieser Gegensatz führte zum Bruch.

Die Sozialdemokratische Partei hat ihren Einfluß in der Koalitionsregierung benutzt, um die sozialreaktionären Pläne der Unternehmerverbände abzuwehren. Sie hat damit in voller Einmütigkeit mit den Gewerkschaften wahr gemacht, was sie auf ihrem Parteitag in Magdeburg feierlich versprochen hat: „An der Arbeitslosenversicherung läßt die Sozialdemokratie nicht rütteln!“ Den Kampf, den sie in der Regierung geführt hat, setzte sie seit dem 28. März 1930 außerhalb der Regierung mit größter Zähigkeit fort.

Es ist der Sozialdemokratie zu danken, daß die deutsche Sozialpolitik seit 1918 auch auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit ein ganz andern Charakter angenommen hat. Im Mittelpunkt steht für uns die Anerkennung der Gleichberechtigung des Arbeiters bei der Mitwirkung der Arbeitsbedingungen, ja darüber hinaus bei der gesamten Wirtschaftsgestaltung. Die alte gewerkschaftliche Forderung nicht nur auf Anerkennung der Arbeiterorganisationen, sondern auch die rechtliche Festlegung des Tarifs und Einigungswezens ist heute verwirklicht. Das vor dem Kriege geltende Arbeitsrecht gewährte den Arbeiterorganisationen nicht den ihnen gebührenden Einfluß auf die Arbeitsverfassung. Die Revolutionsregierung räumte sofort mit den Gesindeordnungen, diesen Ausnahmefällen gegenüber dem Landproletariat, auf und machte den Weg für ein neuzeitliches allgemeines Arbeitsvertragsrecht frei. Die am meisten von Ausbeutung und durch Mißrat betroffenen Arbeitergruppen wurden besonders geschützt, so im Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter, das den Einstellungsdruck für zu 50 Proz. dienst- oder unfallbeschädigte Reichsbedienstete vorsieht, und im Gesetz über die Beschäftigung von und nach der Niederkunft, das die arbeitende Mutter vor Profitorientierung schützt. Das früher unumführliche und freie Kündigungsrecht des Unternehmers wurde durch das Betriebsratsgesetz eingeschränkt, ebenfalls wurden die Fristen für die Kündigung von Angestellten gesetzlich geregelt. Das allgemeine Arbeitsvertragsrecht hat jedoch noch der Vollendung, wesentliche Ausgestaltung erfuhr auch die gesetzliche Regelung des Tarifvertragswezens. Der Tarifvertrag kann nicht mehr durch den einzelnen Arbeitsvertrag durchbrochen werden. Die Unternehmer wurden gezwungen, Tarifverträge nur

nach mit der anerkannten Vertretung der Arbeiterschaft abzuschließen.

Der langjährige Kampf der organisierten Arbeiterschaft um die gesetzliche Anerkennung der Betriebsausschüsse und der Betriebsvertretungen fand durch das Betriebsratsgesetz eine vorläufige Regelung. Dant der demokratischen Betriebsverfassung hat heute die deutsche Arbeiterschaft ein — wenn auch noch lange nicht befriedigendes — Mitbestimmungsrecht an der Gesamtwirtschaft und an der Gestaltung der Produktion. Es liegt an der Arbeiterschaft selbst, von diesem Recht mehr als bisher Gebrauch zu machen. Den einzelnen Betrieben ist im Betriebsrat ein öffentlich-rechtliches Organ gegeben, das neben der wirtschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiter, neben der Mitwirkung bei Einstellung und Entlassung, auch das Recht hat auf Auskunft, Vertretung im Aufsichtsrat und Vorlegung der Betriebsbilanz. Die Schaffung des Betriebsratsgesetzes bedeutet eine wichtige Etappe im Kampf der Arbeiterschaft um ihr Recht auf Mitbestimmung, Kontrolle und systematische Beeinflussung der Produktion in der Richtung auf das sozialistische Ziel der Gemein- und Bedarfswirtschaft. Die deutsche Betriebsverfassung ist zweifellos noch verbesserungsbedürftig und bietet anderseits noch manche Mängelheit, die Interessen der Arbeiterschaft noch mehr zu wahren.

Grundlegend umgestaltet ist in der Nachkriegszeit auch die deutsche Arbeitsgerichtsbarkeit. Das im Jahr 1927 fertiggewordene neue Arbeitsgerichtsrecht trägt der Entwicklung des Arbeitsrechts Rechnung. Die Tätigkeits der früheren Gewerke- und Kaufmannsgerichte genügt nicht mehr. Heute sind alle Arbeitergruppen von der Gerichtsbarkeit erfaßt, ausgenommen sind nur noch die Schiffsbesatzungen. Die Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern werden durch die Arbeitsgerichte, Landesarbeitsgerichte als nächste Instanz bzw. durch das Reichsarbeitsgericht geschlichtet. Die Besitzer dieser Gerichte sehen sich paritätisch aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter zusammen. Gegenüber früher ist die Arbeitsrechtspflege vereinfacht und beschleunigt, das Verfahren kostenlos.

Zu den wichtigsten Leistungen der Sozialpolitik gehört der Arbeitschutz. Leider gibt es bis heute noch kein einheitliches Arbeitsschutzgesetz. Nur der Entwurf eines solchen Gesetzes liegt im Reichstag zur Verabschiedung vor. In der Vorkriegszeit war der Arbeitsschutz völlig mangelhaft. In dem die deutsche Arbeiterschaft sich mit der Staatsumwälzung bei Achtunderttag erkämpfte, wurde ein großer Schritt weiter getan. Auch die Sicherung gegen Betriebsgefahr, der erhöhte Schutz für Jugendliche und Frauen wurden gleich nach der Revolution in Angriff genommen.

Durch die Einwirkung der Inflation und der hierauf folgenden wirtschaftlichen Depression hat allerdings die Arbeiterschaft auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes manche Position wieder eingebüßt, so daß die Neugestaltung des gesamten Arbeitsschutzes dringender ist. Der zur Zeit vorliegende Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes stammt noch aus den Tagen des Bürgerkriegs von Marx bis Reubell. Er ist in vielen Punkten reformbedürftig. Nur ein paar Punkte seien erwähnt. Dringend notwendig ist die Einbeziehung aller Betriebe unter den erhöhten Arbeitsschutz. Um die erschreckend hohe Zahl von Unfällen einzudämmen, muß der Schutz vor Betriebsgefahren vermehrt werden. Hier ist besonders die Erfüllung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Forderung nach Vermehrung der staatlichen Gewerbeaufsicht durch Verwendung von Beamten aus der Arbeiterbewegung notwendig. Entgegen dem Gehelntwurf, der die Arbeitsaufsicht den einzelnen Ländern überläßt, muß die Vereinheitlichung und Zentralisierung gefordert werden. Die heute noch zugelassene Abschneidung der achtstündigen Arbeitszeit muß auf ein Minimum beschränkt werden usw. usw.

Für die deutsche Sozialdemokratie bleibt die Erhaltung und Förderung der Arbeitskraft, die das einzige Kapital des Arbeiters ist, Ehrensache. Im Mittelpunkt der Sozialpolitik steht für sie der Mensch, der lohnarbeitende Mensch, der zu den wichtigsten Faktoren der Wirtschaft überhaupt gehört. Daß die Arbeitskraft des wertvollsten Menschen, so lange er noch gegen Lohn oder Gehalt arbeitet, in weitestgehendem Maße geschützt und in wirklich auskömmlicher Weise bezahlt wird, und daß die Lohnwirtschaft für den Profit des Kapitals sobald als möglich abgelöst wird durch die keine Ausbeutung kennende sozialistische Bedarfswirtschaft, dafür strebt und kämpft die deutsche Sozialdemokratie auf dem festen Boden der demokratischen Republik.

Die Flucht des deutschen Kapitals ins Ausland

Das Sprichwort „Eigentum verpflichtet“ ist ganz gewiß richtig. Unvorherdentlich traurig ist es nur, daß es so wenig durch Taten als richtig und notwendig anerkannt wird. Wie wenig das der Fall ist, zeigt u. a. auch die umfangreiche Verflechtung deutschen Kapitals ins Ausland. Es sind wieder einmal gerade die Reichen und Großverdiener, die sich um ihre Pflicht Volk und Staat gegenüber herumdrücken.

Ganz besonders bedauerlich ist es auch, daß über die ins Ausland fliehende Steuerdrückbergerei der Kapitalisten in Versammlungen und Presse kaum ein scharf verurteilendes Wort gesagt wird. Es ist doch ein recht fragwürdiger Einwand, den man wohl hier und da hört, daß die Kapitalisten noch schlimmer würde, wenn sie öffentlich allgemeiner gebandmarkt und verurteilt würde. Geschäftliche Verschwiegenheit und Straußelhaftigkeit hat bedeutend wirksamer Hilfs-

mittel, um hinter alle Möglichkeiten zu kommen, die das rückwärtsste Sichbehaupten begünstigen, als die öffentliche Presse. Wo die Unmoral im großen auftritt, muß doch wohl mindestens ebenso eifrig dagegen gekämpft werden; als wo vereinzelt im kleinen gefehlt wird. Jetzt heißt's wieder: „Die kleinen Diebe hängen man, die großen läßt man laufen“, wenn die Steuerbehörde streng gegen unbedeutende Einkommensverflechtungen auftritt. Ist es nicht das Schlimmste, was es geben kann, das Vertrauen zu Moral und Gerechtigkeit immer wieder von neuem in der heftigsten Weise dadurch im Volke zu erschüttern, daß „gute Miene zu bösem Spiel gemacht wird“, sobald es sich um Kreise handelt, die über Mittel der wirtschaftlichen Macht verfügen. Es trifft auch nicht zu, daß ein Übel dadurch größer wird, daß es gezeigt und unabweidlich als das hingestellt wird, was es darstellt. Die große Macht kapitalistischer Taten gegenüber, die das Licht des Tages scheuen, hat schon sehr viel Schlimmes oder doch Verhängnisvolles und Allgemeinbärdliches verursacht. Im Volks- und Freistaat werden wir uns daran gewöhnen müssen, frei und offen sachlich-gerechte Kritik an allem zu üben, was nicht so ist, wie es sein müßte und sein könnte.

Es ist ungeheuerlich, aber ansehend nicht mehr zu bezweifeln: deutsche Kapitalisten haben in den letzten fünf bis sechs Jahren 10 Milliarden Mark ins Ausland verschoben. Welchen Wert haben da noch Geschäftsbilanzen! Kann die Einrichtung der Selbstverschöpfung zur Einkommensteuer bei solcher Auffassung von Moral und Pflicht noch länger von den scharf und richtig besteuerten Nichtgeschäftsstätigen getragen werden? In derselben Zeit, wo deutsches Kapital milliardenweise ins Ausland floß, mußte ebenfalls milliardenweise Fremdkapital wieder nach Deutschland eingeführt werden. Die sehr hohen Zinsen dafür muß das Volk durch Arbeit aufbringen. Vielleicht fliehen sie zum Teil in die Hände derjenigen, die sich in Deutschland um ihre Steuerpflichten herumdrücken. Die nichtbezahlten Steuern müssen aber natürlich irgendetwas sonst aufgebracht werden, dort, wo man weniger geschickt oder weniger bedenkenlos im Betreten von Schleimwegen ist.

Die Schätzungen über die Kapitalflucht weichen sehr voneinander ab, was erklärlich ist, da selbstverständlich der Schleier der Verschwiegenheit über diese Dinge getreitet wird. Die Banken schätzen die ins Ausland verschobene Kapitalsumme auf 8, die Beförden auf 10 Milliarden Mark. Rumbige die Einbild in die Verhältnisse und keinen Grund zu Entstellungen und Verschönerungen haben, erklären, daß die letzte hohe Summe von 10 Milliarden Mark bedenkenlos als richtig angenommen werden könne.

Es handelt sich bei dieser gewaltigen Summe fast ausschließlich um Kapital, das hoch versteuert werden muß. Die gegenwärtigen großen Steuerschwierigkeiten betreffen durch die unentgeltliche Steuerdrückbergerei der Reichen und Großverdiener noch einen besonders bitteren Beleg. Viele Staatsbürger müssen darüber nachdenken, um ihre Steuern aufbringen zu können. Sie müssen sich um so mehr einschränken, je weniger die Wohlhabenden von ihrem Überfluß abgeben.

Wie geht die Kapitalverflechtung und Steuerflucht vor sich? Man überträgt deutschen Aktienbesitz oder dergleichen einer ausländischen Bank, die in Wirklichkeit eine Bank der deutschen Aktionäre ist. Oder man schiebt eine Sachschadenversicherung zu sehr hohen Prämienhöhen bei einer ausländischen Gesellschaft ab, die wieder in Wirklichkeit eine Gesellschaft deutscher Unternehmer ist. Auf diese und noch so manche andre Art werden die Gewinne der in Deutschland arbeitenden Wirtschaftsbetriebe verschleiert. Deutsche Firmen, die Rohstoffe aus dem Ausland beziehen müssen, haben in irgendeinem fremden Grenzstaate Einkaufskontore, die die Waren kaufen und dann mit einem großen Preisaufschlag der deutschen Einkaufsstelle in Rechnung stellen. Die durch das heimische Unternehmen erzielten Gewinne werden auf diese Weise vertuscht; die ausländische Einkaufsstelle der Firma macht sie.

Seit mehreren Jahren verschaffen sich deutsche Kapitalbesitzer in ganz auffälliger Weise in den kleineren Grenzstaaten, besonders in der Schweiz, luxuriöse Wohnsitze. Das ist in letzter Zeit so schlimm geworden, daß man an der Berliner Börse über diese Dinge seinen billigen Spott treibt: „Am Bierwaldstätter See, am Züricher See ist alles Gelände vergiffen.“ Es sind allerdings nicht die deutschen Großkapitalisten allein, die in schönen Gegenden des Auslandes in großem Umfang Gelände erwerben. Auch die Engländer errichten sich in diesen Gegenden herrliche Wohnsitze. Das deutsche Kapital wird hauptsächlich nach der Schweiz, Dachsenstein, Lugemburg und Holland verschoben. Die kleinen Staaten sind in Steuerfragen alle sehr entgegenkommend; sie wetteifern förmlich unter sich darum, reichen Ausländern verlockende Vorteile und Annehmlichkeiten zu bieten.

Staatsgewalt und Gesetzgebung erklären: es gibt keine Mittel, die Kapitalflucht und Steuerdrückbergerei zu verhindern. Danach wäre das Kapital in der heutigen Staats-, Wirtschafts- und Rechtsordnung mächtiger als diejenigen, die nach Verfassung, Gesetz und öffentlicher Auffassung die Verantwortung für den Schutz von Recht und Moral tragen. Das darf sich doch wohl keine Regierung, keine Volksvertretung und kein Volk eingestehen? Es müßte auch gar nicht gelagt werden. Und es ist auch nicht richtig. Es wäre zum Verweirfeln, wenn es richtig wäre, wenn es gegen Kaufmann und Betrug wirklich keine Abwehrmittel gäbe. Die Kulturentwicklung müßte stillstehen. Und Stillstand wäre natürlich Rückgang.

Leider sind die wirtschaftlich abhängigen Teile des Volkes in Staat und Öffentlichkeit noch zu einflußlos, obwohl sie etwa 85 Proz. der Erwerbstätigen umfassen. Die verhältnismäßig kleine Gruppe der wirtschaftlich

Selbständigen beherrscht weitgehend die öffentliche Meinung durch ihren starken Einfluß, den sie auf die Presse ausübt. Die großen Massen der wirtschaftlich Unselbständigen erkennen vielfach noch gar nicht, daß sie die Pflicht haben, ein Gegengewicht der öffentlichen Macht zu schaffen. Solange dieses fehlt, sind für allgemeinsittliche Erscheinungen, wie sie Kapitalflucht und Steuerbrückerberei darstellen, kaum aus der Welt zu schaffen. Darum: ein Volk, das sich selbst regiert, muß gewillt sein, mit allen irgendwie Erfolg versprechenden Mitteln Moral und Gerechtigkeit zu schützen. Es gilt ohne Frage auch in der Sache der Kapitalflucht der Satz: „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg“. Aber der Wille, die Übergriffe des Kapitals zu verhindern, ist in den großen Massen heute noch zu schwach. Es ist ja nicht die Kapitalflucht und Steuerbrückerberei allein, worunter das Staats- und Allgemeinwohl leiden. Das Kapital aber weiß, daß es mit dem wirtschaftlichen Wissen, Versehen und Wollen im Lande noch nicht zum besten bestellt ist. Und darauf baut es.

Es ist der Vorschlag gemacht worden, den Völkerverbund anzurufen, damit er gegen Kapital- und Steuerflucht Abwehrmittel schaffe. Er soll die europäischen Kleinstaaten durch moralische Mittel zwingen, dem Unfug entgegenzuarbeiten. Die Ausichten, auf diesem Wege etwas zu erreichen, sind natürlich zunächst noch äußerst schlecht. Die Staaten, die unter der Kapitalflucht leiden, müssen sich vor allem selbst zu schützen suchen. Dazu wird es zwar nicht genügen, den Kreisen, die systematisch auf das größte ihre Staats- und Wirtschaftsbürgerpflichten verlegen, moralische Vorhaltungen zu machen. Gegen so etwas ist das Großkapital im allgemeinen ziemlich unempfindlich: „Geschäft ist Geschäft!“ Als „gutes Geschäft“ gilt so manche sittenlich recht fragwürdige Sache. Das ist heute bedeutend schlimmer als vor dem Kriege, wo die Geschäftsmoral im ganzen höher stand.

Es genügt nicht, über die geschäftliche Amoral der Zeit zu klagen und im übrigen die Dinge gehen zu lassen, wie sie gehen. Die Lage wird bedeutend dadurch verschlimmert, wenn diejenigen, die unter diesem Übel leiden, sagen: es ist nichts dagegen zu machen. Es muß eben etwas dagegen zu machen sein. Die Menschheit müßte verzweifeln, wenn es anders wäre. Es gäbe dann keine kulturellen Aufstiege der Menschheit mehr. Wo Verfehlungen gegen die geschriebenen und ungegeschriebenen Gesetze der Moral festgestellt werden, wo ein Mensch den andern, ein Volkstribun den andern und wo die Gesamtheit vorzüglich wissenschaftlich geschädigt wird, ist es die unermeidliche Pflicht der Geschädigten, dagegen zu kämpfen, zu kämpfen ohne Ansehen der Person.

Richard Bettke in Leipzig
Eingetretten: 16. August 1880 — Seit Invalide

Nicht allgemein bekannt dürfte auch die große Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten sein, wie die letzte Volkszählung 1925 auswies:

Beschäftigungszweig	Erwerbstätige	Erwerbstätige und Angehörige
Industrie und Handwerk	13 239 000	25 781 000
Landwirtschaft	9 762 000	14 379 000
Handel und Verkehr	5 273 000	10 522 000
Ohne Beruf und Angehörige	3 844 000	5 663 000
Verwaltung	1 502 000	3 157 000
Häusliche Dienste	1 043 000	1 910 000
Gesundheitswesen usw.	589 000	965 000

Die Stimme der Landwirtschaft ertönt heute in Politik und Wirtschaft wieder besonders laut, und dabei ist interessant, daß die Erörterungen der Ansprüche bisher fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Tagespresse in Zirkularen, Rundschreiben und Vereinszeitungen erörtert wurden. Die jetzigen Bestrebungen der landwirtschaftlich orientierten Presse sind nach Feststellungen des Instituts für Zeitungswissenschaft an der Universität Heidelberg im wesentlichen in fünf Gruppen zu gliedern, wie folgende graphische Darstellung zeigt:



Zur näheren Bezeichnung möge die genaue Bezeichnung der einzelnen Abteilungen folgen:

1. Korrespondenzen: a) der Behörden: Pressebericht für Ernährung und Landwirtschaft (heraus-

gegeben von der Presseabteilung der Reichsregierung und dem Reichsernährungsministerium, Berlin; Pressebericht (herausgegeben vom Preussischen Landwirtschaftsministerium), Berlin;

b) der Berufsstands-Organisationen: Pressebericht der Nachrichtenstelle beim deutschen Landwirtschaftsrat, Berlin; Mitteilungen der Preisberichtsstelle beim deutschen Landwirtschaftsrat, Berlin; Agrar-Korrespondenz der Bayerischen Landesbauernkammer, München; Korrespondenzen der Landwirtschaftskammern für die Rheinprovinz, für Hessen, für den Freistaat Sachsen und für die Provinz Hannover; Korrespondenz der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Berlin;

c) der Parteien: Pressebericht des bayerischen Bauern- und Mittelstandsverbands, München;

d) der Interessensorganisationen: Zeitungsbeirat des Reichslandbundes, Berlin; Die grüne Wochenschau, Reichslandbund, Berlin; Deutsche Bauern-Korrespondenz (herausgegeben von der Vereinigung der deutschen Bauernvereine), Berlin; Zeitungs-Korrespondenz des Rheinischen Bauernvereins, Köln a. Rh.; Raza-Korrespondenz (herausgegeben vom Wingerverband Mosel, Saar und Ruwer), Trier; Landwirtschaftliche Korrespondenz des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes für Württemberg und Hohenzollern, Stuttgart;

e) der Privatunternehmungen: Landwirtschaftliche Wochenschau (TL), Berlin; Der Kleinbauer, Berlin; Germania, Korrespondenz für Gartenbau und Kleintierzucht, Göttingen; Deutscher Landwirtschaftsbeirat, Berlin; Grüne Blätter für Politik und Wirtschaft, Berlin; Wimo-Korrespondenz, Berlin; Deutschvolkswirtschaftliche Korrespondenz, Berlin; Wipro (Wirtschaftsstelle der Provinzpresse), Berlin; Der Siebler, Berlin; Hof und Scholle, Berlin.

2. Sonderblätter der Organisationen: Richtung Reichslandbund (Schiele, Hepp) 75 Zeitschriften, ohne etwa 20 Kopfbücher; Deutsche Bauernvereine (Richtung Fehrmes) 23 Zeitschriften; Deutsche Bauernschaft (Richtung Fehr) 10 Zeitschriften; Rheinischer Bauernverein 1 Zeitschrift und 3 Landarbeiterzeitschriften.

3. Bayerische Tageszeitungen: Bayerisches Volksblatt, Passau; Vote vom Bayerischen Wald, Regen; Chamer Heimatzeitung; Donaubote, Dillingen; Donauwörther Zeitung; Hopfenbauer, Mainburg; Jllers, Röhls- und Gingsbote, Illertissen; Krumbacher Bote; Landauer Volksblatt; Meminger Tageblatt; Mindelheimer Neueste Nachrichten; Neuburger Neueste Nachrichten; Neue Freie Volksstimme, München; Oberländer Volksblatt, Weilheim; Regensburger Allgemeine Zeitung; Rießer Tagesblatt, Rindlingen; Schwäbischer Landesbote, Zusmarshausen; Schwäbisches Volksblatt, Günzburg; Straubinger Volksblatt; Traunföhrer Wochenblatt.

4. Tageszeitungen weitgehender agrarpolitischer Interessen: Hallische Zeitung, Heilsche Landeszeitung, Darnstadt; Leipziger Abendpost; Lippsche Tageszeitung; Magdeburger Tageszeitung; Merseburger Nachrichten; Niederdeutsche Zeitung, Hannover; Ostpreussische Zeitung; Pommersche Tagespost; Postder Anzeiger; Schleifische Zeitung; Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, Rendsburg.

5. Tageszeitungen ausgesprochen agrarpolitischer Interessen: Der Kreislandbund, Delitzsch-Gilenburg; Der Landwirt aus dem Riesengebirge, Hirschberg; Deutsche Tageszeitung, Berlin; Freier Bauer, Waldsachsen; Passauische Bauernzeitung, Limburg; Neue Tageszeitung, Friedberg; Rheinische Bauernzeitung, Kreisfeld; Rhein-Selben-Bauer, Mainz; Schwäbische Tageszeitung, Stuttgart; Thüringer Landeszeitung, Erfurt; Westdeutsche Tageszeitung, Köln a. Rh.

Sind die oben genannten Zeitungen auch meistens kleinere, so dürfte doch der Zeitpunkt nicht fern sein, an dem landwirtschaftlich-konservative Kreise zu reinen agrarpolitischen Tageszeitungen übergehen werden. Autax.

Landwirtschaft und Presse

Wichtige Vorgänge im letzten Reichstag haben bewiesen, daß die Großagrarier, ja die Landwirtschaft, immer noch stark genug ist, politische Ansprüche zu stellen und auch erfüllt zu bekommen. Die Landwirtschaft organisiert sich in immer größerem Maße und verläßt ihre Presse. Alle Parteien bemühen sich um die Landwirtschaft, wie ja auch das beschlossene Agrarprogramm der SPD. beweist.

Welche Bedeutung hat nun die deutsche Landwirtschaft im Rahmen der deutschen Wirtschaft überhaupt? Deutschland hatte 1927 eine Fläche von 468 746 Quadratkilometer, davon wurden immer noch 206 811 Quadratkilometer landwirtschaftlich benutzt (ohne Forst, Wiesen, Viehweiden und Obland). Der Anbau erfolgte:

Anbau 1927	Fläche in qkm	Ertrag in
Getreide	40 984	6 834 000 Tonnen
Weizen, Winterweizen	18 732	3 415 000 Tonnen
Gerste	14 784	2 738 000 Tonnen
Safer	34 759	6 347 000 Tonnen
Getreide	27 995	37 550 000 Tonnen
Zuckerrüben	4 341	10 854 000 Tonnen
Wein	727	1 428 000 Hektoliter
Hopfen	155	72 000 Doppelzentner
Tabak	66	144 000 Doppelzentner

Die Gewerkschaften und die 10 057 500

10 057 500, das ist die Zahl jener deutschen Staatsbürger, die bei der letzten Reichstagswahl am 20. Mai 1928 von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Es sei gleich vorweg gesagt, das ist eine gewaltige Ziffer, deren Höhe weder dem deutschen Volke noch dem demokratischen Gedanken Ehre macht. Die in der Überschrift angegebene Zahl der Nichtwähler stellt fast ein Viertel der gesamten deutschen Wählerschaft dar, die am 20. Mai 1928 rund 41,2 Millionen Menschen betrug. Noch ein anderer Vergleich rückt die Größe und die politische Bedeutung des Heeres der Nichtwähler in das rechte Licht. Deutschlands größte Partei, die Sozialdemokratische Partei, erhielt bei der letzten Reichstagswahl 9 150 500 Stimmen und zog mit 153 Abgeordneten in das Reichsparlament ein. Die Partei der Nichtwähler hätte auf ihre mehr als 10 Millionen Stimmen 168 Mandate erobert und so zur stärksten Fraktion des Reichstages werden können, da auf je 60 000 Wählerstimmen ein Mandat entfällt. Das zur zahlenmäßigen Würdigung dieser traurigen Ziffer, nun zu ihrer auch für uns Gewerkschaftler eminent wichtigen politischen Bedeutung.

Wollen wir diese ermitteln, um dem Übel kräftig zu Leibe gehen zu können, dann müssen wir erst einmal feststellen versuchen, wer diese am wirtschaftlichen und politischen Gesicht ihres Volkes so wenig interessierten Menschen eigentlich sein mögen. Für einen Teil, wie es scheint aber nur einen kleinen Teil, jenes Zehnmillionenheeres gelten berechtigte Entschuldigungsgründe. Als solche seien genannt, Krankheitsfälle, die das Verlassen des Krankenbettes auf das allerernsthafteste verboten,

und Aufenthalt im Auslande. Für den sehr viel größeren Rest sind Entschuldigungsgründe nicht auffindbar. Denn, die es im Mai 1928 veräußert hatten, in die Wählerlisten Einbild zu tun, um sich zu überzeugen, ob sie ihr Wahlrecht an ihrem Wohnort ausüben berechtigt waren, sei der bringende Rat erteilt, diesmal auf der Hut zu sein. Gewerkschaftscollegen, fragt eure Mitarbeiter, besonders die, die erst kürzlich ihren Wohnort gewechselt haben, ob sie sich davon überzeugt haben, daß ihr Name in der Wählerliste steht. Sagt ihnen, das es von ihrer Stimme abhängt, wieviel Arbeitslosenunterstützung und Krankenlohn sie künftig bekommen, wieviel Steuern sie zahlen müssen, wie sich der Warenpreis gestalten wird und ob auch künftig die Regierung helfen wird, die Löhne abzubauen oder nicht.

Den andern, die ausgerechnet am Wahltage den unausschließbaren Familienausflug machen, oder die gerade am 14. September ohne Wahlchein Dinkel und Lante im Nachbarort besuchen wollen, denen sagt, daß am 14. September überall gewählt wird und mit Hilfe des Wahlcheines auch jeder Deutsche überall wählen kann. Wer das unterläßt, den kommt der Ausflug oder der Familienbesuch teuer zu stehen. So teuer vielleicht, daß er künftig weder an einem Wahltage noch an einem andern Tage überhaupt stattfinden kann. Beweis das denen, die das aber etwas ähnliches vorhaben, mit den Argumenten, die im vorhergehenden Abschnitt angeführt sind.

Und nun zu jener hochinteressanten Gruppe deutscher Staatsbürger, die mit der Geschwindigkeit eines feuerschnellen Maschinengewehres die Namen aller der Parteien aufzählen, die sie seit der Revolution alle schon einmal gewählt haben und daran den weltbekanntesten Kommentar knüpfen, daß sie deshalb immer noch nichts geändert habe. Denen sagt,

daß kein Wahlsatz imstande ist, das schwierige Erdenbeben mit pöhlischem „Ruf in ein paradiesisches Freudenland zu verwandeln. Sagt ihnen aber auch, daß der Stimmzettel schon viel verändert hat, worüber auch sie schon weidlich geschimpft haben. Sagt ihnen, daß die Millionen der Nichtwähler und die, die arbeiterteilnehmende Parteien gewählt haben, schuld daran sind, daß künftig für jeden Krankenlohn 50 Pf. und für jede Medizin auch 50 Pf., zusammen also eine Mark gezahlt werden muß. Schlussfolgert daraus weiter, daß, wenn sich wieder so gehandelt wird, bald auf Grund des Arbeitslohn eine Verorbnung herauskommen wird, wonach zwar hohe Krankenkassenbeiträge gezahlt werden müssen, das Krankenlohn aber verboten wird.

Noch einige Worte über eine andre Ziffer. Bei der letzten Reichstagswahl sind 428 400 ungültige Stimmen abgegeben worden. Darauf wären 7 Mandate entfallen, die beispielsweise schon ausgereicht hätten, um die Straffsteuer für die Konsumvereine nicht zum Gesetz werden zu lassen. Leistet auch hier, wo ihr nur irgend könnt, Aufklärung und Hilfe. Sagt allen, daß man beim Wählen keine Angst zu haben braucht, daß die „schwierige Operation“ in wenigen Sekunden erledigt ist und hinter dem Verschlag jeder ungehindert sein Kreuz zimmern kann. Sagt allen, die sich unsicher fühlen — und das sind ja nicht wenige —, daß das Kreuz nur in einem der vielen Ringe gemacht und nur ein Wahlzettel in den Umschlag gesteckt werden darf. Eins aber vergeßt bei all dem nie. Schärft es allen, aber auch allen ein, daß es vollkommen zwecklos ist in der Zahl der Kreise auf dem Zettel lange zu wählen. Es soll direkt von oben begonnen und das Kreuz sofort in den obersten Kreis gemacht werden. Dann ist alles in Ordnung, technisch und auch politisch.

Das Genossenschaftswesen

Staatspolitik und genossenschaftliche Selbsthilfe

Der Kampf des sogenannten selbständigen Mittelstandes — wer ist der „unselbständige“ Mittelstand? — gegen die Konsumgenossenschaften löste ein staatspolitisches Dilemma aus, das insbesondere von den Beamten und Angestellten und den Arbeitermassen als Verbraucher nicht unbeachtet bleiben kann. Da die „Stützen von Thron und Altar“, zu denen sich der „selbständige Mittelstand“ in Vorkriegszeiten zählen durfte, durch die staatspolitische Umwälzung zu einem nicht mehr zeitgemäßen Begriff geworden sind, so muß der Mittelstand, da er sich doch als „Staatsstütze“ fühlt, obwohl er mehr „Stütze“ braucht als Stütze ist, sich nach einer ebenso brauchbaren Bezeichnung umsehen. Der neue Reichsjustizminister Brecht von der Wirtschaftspartei hat nun kirchlich bei einer Kundgebung des „selbständigen“ Mittelstandes für die Sonderumsatzsteuer zur Knechtung der Konsumgenossenschaften den neuen Staatsstützenbegriff glänzend formuliert, indem er, Staatspolitiker großen Formats, erklärte: „Das selbständige erwerbsmäßige (!) Bürgertum sei nach Meinung des Kabinetts der Träger des gewaltigen Beamtenstaats, nicht aber Warenhäuser und — Konsumvereine.“

Nun weiß man also, daß die demokratische Republik Deutschland ohne die alten „Stützen von Thron und Altar“ nicht existieren könnte und daß dem „Beamtenstaat“ nur vom „selbständigen“ Mittelstand geholfen werden kann. Die Beamten sollen wissen, was die Bezeichnung „Beamtenstaat“ im Wesentlichen bedeutet: Da die Beamten der Republik vom „selbständigen“ Mittelstand durch Steuern „verhakt“ werden müssen, so muß umgekehrt die Beamtenschaft aller Grade mit ihrem Einkommen, das nach der erleuchteten Volkswirtschaft der Mittelständler aus reinen Steuern besteht, den „selbständigen“ Mittelstand „verhaken“. Wo bliebe sonst die ausgleichende Gerechtigkeit?!

Was nun aber das staatspolitische Dilemma des wirtschaftsparteilichen Ministers anbelangt, so müßte die deutsche Republik, wenn es richtig wäre, auf ebenso schwachen Füßen stehen, wie der „selbständige“ Mittelstand selbst, der zu seiner Erhaltung vom Staat Feuerfreie Millionenentbede zu niedrigstem Zinsfuß beansprucht und gleichzeitig die Konsumgenossenschaften mit brutalen Ausnahme Steuern belastet sehen will. Was der Tragikomiker dieser neuen „Träger des gewaltigen Beamtenstaates“ nicht entbehrt.

Wie falsch und gefährlich aber die staatspolitische Deklamation der Wirtschaftspartei und ihres Ministers ist, zeigt eine Statistik der Gegenüberstellung von Handelsbetrieben und genossenschaftlich organisierten Verbraucherbetrieben. Sie zeigt, daß die sogenannten reinen Handelsbetriebe vom Jahre 1907 mit 621.103 Zahlbetrag auf 946.403 im Jahre 1926, also um 52,3 Proz. zugenommen haben, während die Bevölkerung im heutigen deutschen Staatsgebiet von 57,8 Millionen im Jahre 1910 auf 62,4 Millionen, also um nur 8 Proz. zugenommen hat. Trotzdem stehen den rund eine Million Handelsbetrieben, die bei ihrer familienartigen Vernehmung heute gegährt werden können, 4 Millionen genossenschaftlich organisierter Haushaltungen in etwa 1500 Konsumgenossenschaften gegenüber.

Woraus sich ergibt: 1. daß die vielbesagte schlechte Wirtschaftsfrage des „selbständigen“ Mittelstandes im Handel — und nur er wird von der Konsumgenossenschaftlichen Entwicklung betroffen! — vor allem durch seine eigne unmäßige, in gar keinem Verhältnis zur Bevölkerung stehende Vermehrung verschuldet ist, und 2. daß die auf Selbsthilfe und nicht auf Staatsstipendien aufgebaute, in Zahl viermal stärkere Wirtschaftsbewegung genossenschaftlich organisierter Verbraucher in weit höherem Maße Träger des Staates sind, als der notleidende „selbständige“ Mittelstand.

Der „unselbständige“ Mittelstand, als welcher mit aufsteigender Miene des „erwerbsmäßigen Bürgertums“ die Beamten und Angestellten rubriziert werden, können diese untergeordnete soziale und staatspolitische Bewertung am besten durch stärkste wirtschaftliche Betätigung in den Konsumgenossenschaften quittieren. Die Arbeitermassen, die ja bei diesen staatspolitischen Erwägungen überhaupt nicht mitzählen, werden es sowieso tun.

Die Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion

Eine der interessantesten Erscheinungen im Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsleben bildet die sogenannte Eigenproduktion, das ist Gütererzeugung. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhange mit der ökonomischen Theorie der Regelung der Produktion durch Vergegenständlichung der Produktionsmittel. Nur daß bei der Entwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion als Grundlage ihrer Regelung die genossenschaftliche Güterverteilung erscheint. In der Tat sind denn auch, was die praktische Brauchbarkeit des Experimentes anbelangt, die Produktivgenossenschaften, die den Gemeinbesitz an Produktionsmitteln voraussetzen und bei Laßfall eine so große Rolle spielen — auch Schütze-Dehlsch, der Gegner Lassalles, nannte sie die „Körnung des Gebäudes des Genossenschaftswesens“ —, in der Entwicklung stehen geblieben, bzw. existieren sie in der Hauptsache nur als Annex der Konsumgenossenschaften. Und in diesem Verhältnis ist die Regelung der Produktion, nämlich auf der Grundlage der genossenschaftlichen Warenverteilung, zu einer ganz nüchternen, einfachen Frage der Bedarfsdeckung geworden.

Inwieweit nun die genossenschaftliche Eigenproduktion als Wirtschaftsfaktor bei der Konsumgenossenschaftlichen Warenverteilung in die Erscheinung tritt, zeigt in interessanter Weise die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Zusammenhang mit der Großeinlaufgesellschaft Hamburg. Die Verbandsgenossenschaften des Zentralverbandes zeigten im Jahre 1903 eine Eigenproduktion von 12,7 Mill. M., 1914: 104,2 Mill. M., 1924: 90,0 Mill. M. und 1929: 316 Mill. M. und. Das Verhältnis zum Umsatz, der im letztgenannten Entwicklungsjahr rund 1200 Mill. M. betrug, zeigt bei 318 Mill. M. Eigenproduktion 26,3 Proz. Anteil an der Warenverteilung. Woraus sich die interessante Tatsache ergibt, daß über ein Viertel der Konsumgenossenschaftlichen Warenverteilung aus eigener Gütererzeugung stammt. Eine volkswirtschaftlich außerordentlich wichtige Tatsache, da sie die privatwirtschaftliche Gütererzeugung für den offenen Markt, also das Kapitalrisiko, nicht kennt und damit rational, das heißt nur für die Bedarfsdeckung, arbeitet. Wie gesagt, die „Regelung der Produktion“ ist im Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsbetrieb eine sehr einfache Aufgabe, nämlich Statistik des Verbrauchs der Mitglieder.

Das berechnete Verhältnis von 26,3 Proz. Produktion zum Gesamtwert der Warenverteilung wird aber noch stark nach oben gedrückt, wenn man die Eigenproduktion der Großeinlaufgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GEG.) der des Zentralverbandes hinzurechnet. Was durchaus in Ordnung geht und keine künstliche Konstruktion enthält. Denn die zentrale Eigenproduktion der GEG. geht direkt und in ganzem Umfange in den Warenumsatz der Einzelgenossenschaften des Zentralverbandes über, welche die örtliche Eigenproduktion betreiben. So kommen zu den 316 Mill. M. im Zentralverband noch 124 Mill. M. der GEG. und am Gesamtumsatz von rund 1200 Mill. M. besitzt die Eigenproduktion einen Anteil von nicht weniger als 440 Mill. M. = 36,6 Proz.!

Die genossenschaftliche Warenverteilung entwickelt hiernach ihre eigne Gütererzeugung in sehr starkem Maße und sie bildet zugleich die einzig praktische Grundlage zur Regelung der Produktion. Womit ihre volkswirtschaftliche Bedeutung keineswegs erschöpft ist. Denn die genossenschaftliche Eigenproduktion an sich wirkt preisregulierend auf die privatwirtschaftliche Gütererzeugung und ihre zentrale Entwicklung durch die GEG. verhindert auf alle Fälle privatwirtschaftliche Monopolbildungen und die daraus entstehende Preisdiktatur der Industriekartelle und Handels syndikate. Was längst praktisch erwiesen ist.

Daher auch der heftige Kampf der Spitzenorganisationen der Industrie und des Handels gegen einen so unabweimenden „Konkurrenten“ und daher auch die Pflicht und das Selbstinteresse der großen Verbrauchergruppen, die Konsumgenossenschaften in jeglicher Weise zu fördern und weiter zu entwickeln.

Vom landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen

Auf Grund des noch unter einem sozialdemokratischen Reichsminister und sozialdemokratischen Finanzminister verabschiedeten landwirtschaftlichen Notprogramms zur Nationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, wofür wohl an die 100 Millionen Reichsmark aufgebracht werden müßten, ist der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — E. V. im Frühjahr 1930 als genossenschaftlicher Einheitsverband ins Leben getreten. Und Anfang Juli fand in Stuttgart die erste Tagung des Verbandes statt. Dabei wurde eine interessante Generalbilanz aufgemacht über Umfang und Bedeutung dieser größten Genossenschaftszentrale Deutschlands. Was zu wissen auch für den gemeinwirtschaftlich denkenden Verbraucher von großem Interesse sein dürfte. Nämlich unter der gegebenen Voraussetzung, daß der landwirtschaftliche Einheitsverband berufen ist, das Kernstück der landwirtschaftlichen Nationalisierung, die genossenschaftliche Abzweigung für zentralisierte Fieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse direkt an den Verbraucher im Zusammenwirken mit den Geschäftszentralen der Konsumgenossenschaften aufzubauen.

Der Einheitsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften umfaßt in 37 Landes- und Provinzialverbänden mit 12 Zentralgeschäftsanstalten und 36.339 Genossenschaften mit rund vier Millionen Mitgliedern 89 Proz. des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens überhaupt. Der Gesamtumsatz bei 31 Zentralkassen betrug im Jahre 1929 20,5 Milliarden Mark (eine Seite des Hauptbuches); der Gesamtumsatz bei 31 landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaften 168 Millionen Zentner; die Einlagen am 1. Januar 1930 bei 19.268 Darlehnsstellenvereinen 1830 Mill. M.; die eingeleistete Willkommene bei 3565 Molkereigenossenschaften 4,40 Milliarden Liter; der Viehabsatz innerhalb des Reichsverbandes (Genossenschaftliche Reichs-Viehverwertung m. b. H.) 1,7 Millionen Stück, darunter 1,3 Millionen Schweine im Werte von 300 Mill. M.; der Weinabsatz bei 279 Weinergenossenschaften 193.478 Hektoliter; die vermittelte Strommenge bei 5200 Elektrizitätsgenossenschaften rund 200 Millionen Kilowattstunden; der genossenschaftliche Maschinenabsatz rund 40 Mill. M.

Es handelt sich also um eine außergewöhnlich starke finanzielle und wirtschaftliche Konzentration, die bei richtiger und zielbewusster Führung der deutschen Landwirtschaft ungeheuer viel nützen kann und damit der ganzen deutschen Volkswirtschaft. Denn eine wesentliche Steigerung der Kaufkraft vor allem der kleinen und mittelständlichen Bevölkerung mit etwa 18 Millionen Seelen wird sich ohne weiteres in Industrie und Handwerk, d. h. im inneren Markt auswirken, was wiederum

durch vermehrte Gütererzeugung auf den Arbeitsmarkt von starkem Einfluß sein würde.

Erfreulichweise scheint man auch, wovon selbst die Rede des Agrarministers Schiele auf dem Genossenschaftstage Zeugnis ablegte, in die Wanderschaft der alleinigmachenden Zölle seitens führender Kreise der Landwirtschaft nicht mehr das unbedingte Vertrauen für die Gesundung der Landwirtschaft zu setzen. Der Gedanke fängt an — brüchig zu werden.

Erwägt man noch, daß die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung mit rund 1500 Genossenschaften und vier Millionen Mitgliedern und einer großen Handels- und Produktionszentrale (GEG. Hamburg) als stärkste genossenschaftliche Abnehmerin den zentralisierten landwirtschaftlichen Abzweigungen als Kontrahent gegenübersteht, dann wächst eine Perspektive für die deutsche Volkswirtschaft heraus, welche wirtschafts- und kulturpolitisch — vielleicht auch parteipolitisch — von ungeahnter Bedeutung werden kann.

In diesem Sinne ist der Zusammenschluß der genossenschaftlich organisierten Landwirtschaft aufs Beste zu werten.

Korrespondenzen

Vörrath. Etwas verspätet, am 20. Juli, beging unser Bezirksverein unter freundlicher Mitwirkung der „Typographia“ Freiburg in Weil a. Rh. sein 50-jähriges Jubiläum. Zahlreich hatten sich die Kollegen mit ihren Angehörigen aus den Bezirksorten und aus der benachbarten Schweiz eingefunden, um wieder einige Stunden im Kollegenkreise zu verbringen und freundschaftlich-kollektiven Geist zu pflegen. Die Festrede hielt Gauvortreter S a n d f o r t. Die Wiedererträge der „Typographia“ Freiburg erlenten reichen Beifall, auch die Heimatblühende Vörrath hatte alles aufgeboten zur Ausfüllung des Programms. Den Abschluß des Festes bildete ein Tanzabend. Aufwisch verfrachten die Stunden, die unsre Freiburger Kollegen zur Heimkehr mahnten. Der „Typographia“ Freiburg und ihrem rührigen Dirigenten, Herrn Musiklehrer Grom, sei an dieser Stelle für ihre freundliche Mitwirkung der beste Dank abgesehen. Wir rufen den Freiburger Kollegen zu: „Auf Wiedersehen am internationalen Johannisfest 1931 in Basel.“

Ludwigshafen. (S a n d s e y e r.) Am 14. Juli fand nach längerer Zeit in unserm Bezirk eine B e r s a m m l u n g statt. Trotzdem diese als Werberversammlung ausgeschlossen war, fanden sich die Handseherkollegen nicht sehr zahlreich ein, was in Zukunft hoffentlich anders werden wird. Der Kassierer gab den Kasienbericht, der in bester Ordnung befunden wurde. Hieran schloß sich eine rege Aussprache über die Beitragsleistung der tranten und arbeitslosen Mitglieder, die mit dem Beschluß endete, daß diese auf fernemhin beitragsfrei bleiben. Bedingung sei selbstverständlich eine erhebliche Steigerung der Mitgliederzahl, damit die Kasse nicht zu sehr in Mitleidenschaft gezogen wird. Der nächste Punkt betraf eine Ergänzungswahl des Vorstandes, um für die Zukunft eine durchgreifende Tätigkeit in der Mitgliederwerbung und -bildung zu gewährleisten. Auch im weiteren Verlauf der Versammlung meldeten sich mehrere Kollegen zum Wort, um für den ferneren Aufbau und Ausbau der Sparte Mühsal und Anstrengungen vorzubringen. Besonders wurde zum Ausdruck gebracht, daß alles aufgeboten werden muß, um auch in den Betrieben zum Erfolg zu kommen, in denen bis heute nur einzelne oder noch keine Kollegen der Sparte angehören. Der Vorsitzende unsrer Gauvereinigung Mittelrhein, Kollege H a n s E n f e l d e r, gab der Forderung Ausdruck, daß die in nächster Zeit stattfindende Bezirksvorstandswahl möglichst viel dazu beitragen möge, die Handseherkollegen restlos ihrer Sparte zuzuführen.

Ludwigshafen. (M a s c h i n e n s e h e r.) Am 13. Juli hielt unser Bezirksverein eine gut besuchte B e r s a m m l u n g ab. In Verbindung des ersten Vorsitzenden wurde die Versammlung vom zweiten Vorsitzenden L e o geleitet. Nach den geschäftlichen Mitteilungen gab Kollege S t u e n b ä u m e r einen Bericht vom Mainzer Maschinenseherfesten. Weiter kamen zur Sprache der Maschinenseherkongress in Berlin und der Ausschuß des Kollegen Maslo aus dem Verband. In der Aussprache entwickelte sich ein lebhaftes Frö und Wider. Verlangt wurde ferner, daß der Verband sowohl wie jeder einzelne Kollege auf dem Dam sein müssen, um den Versuch eines Lohnabbaues zu verhindern. Der Versammlung voraus ging eine technische Instruktionssunde an der Lino in der „Neuen Pfläzchen-Landeszeitung“. Auch diese Veranstaltung fand eine glänzende Beteiligung. Was hier vom technischen Leiter, Kollegen S o l d t, vorgeführt wurde, fand volle Anerkennung der Teilnehmer. Es wäre zu wünschen, daß solche Veranstaltungen beibehalten werden im Interesse der technischen Fortbildung der Kollegen. Der „Neuen Pfläzchen-Landeszeitung“ auch an dieser Stelle für die Zurverfügungstellung ihrer Maschinen den besten Dank.

Mageburg. (K o r r e k t o r e n.) Nun hat sich auch die hiesige Korrektorenvereinigung zu den Jubilären unter den deutschen Korrektorenvereinen gestellt. Anfang Juli konnte sie ihren 25. G e n d u n g s t a g begehen. Aus diesem Anlaß hatte der Vorstand die Mitglieder und Freunde der Vereinigung zum 19. Juli zu einer lässlichen Feier nach dem „Wesobere“ eingeladen. Die blumengeschmückten Tafeln und der Wille unsres Almestfers auf der Bühne inmitten von Lorbeerbäumen gaben dem Saale ein festliches Gepräge. Die Nachsicht einiger Kollegen brachte eine kurze Verzögerung in der Abwicklung des Programms mit sich, die notgedrungen mit einigen Tanz-einlagen behoben werden mußte, was aber zur Erzeugung einer echt buchdruckerischen Stimmung wesentlich beitrug. Nach zwei gut gepflegten Konzertstücken und einem Prolog, sehr ausdrucksvoll gesprochen von Kollegen M o d e l, konnte dann Vorsitzender B u c h h o f z die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste mit ihren Damen sowohl vom Orte wie von auswärts und die ehemaligen Angehörigen der Sparte begrüßen. In kurzen, kernigen Worten triftete er noch Zweck und Ziel der Vereinigung und damit zugleich der Korrektorenorganisation im Deutschen Reich. Ihm folgten die Gratulanten: Vertreter des Gau- und Ortsvorstandes, des Bildungsverbandes, Ortsgruppe

Magdeburg im WdW, und der Sparten. Weitere Glückwünsche überbrachten noch Kollege Grubisch von der Korrektorenvereinigung Halle und Kollege Pawelczyk von der Korrektorenvereinigung Brandenburg. Von der Zentralkommission und fast von allen Gauen sowie von Ortsvereinen und einzelnen Kollegen waren Glückwünsche eingelaufen, die familiär zur Verlesung kamen. Anschließend ehrte der Vorsitzende drei Jubilare, Gründer der Vereinigung, für 25jährige treue Pflichterfüllung und überreichte als Erinnerungsgabe je ein wertvolles Bishergeheft. Im Namen der Jubilare dankte der frühere langjährige Vorsitzende der Vereinigung, Kollege Peters, für die ihnen zuletzt gemessene Ehrung. Gutes Konzert, ernste Requisitionen, gesprochen von Fr. Helmede, und humorvollste Vorträge des Magdeburger Alt-Quartetts sorgten Johann für weitere Unterhaltung. Ein Tangentanz hielt die Festeilnehmer bis in die frühen Morgenstunden zusammen. Der Verlauf des Festes war ein Beweis für die kollegiale Verbundenheit unfres kleinen Kreises mit der Gesamtheit der Kollegen. Aus der Gesehichte soll man lernen; darum ist eine Durchsicht der kurzen Vereinsgeschichte, die vom Kollegen Emmert verfaßt wurde, allen Mitgliedern zu empfehlen. Die kleine Schrift zeigt, mit wieviel Liebe die Gründer den Verein schufen und mit wieviel Opfern sein Bestand gesichert wurde, sie zeigt aber auch, daß wir verpflichtet sind, mit derselben Hingabe an unsre Sache, durch stete Teilnahme am Vereinsleben das Erbgut zu erhalten und zu mehren. Dann ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß der Stand der Korrektoren auch in Magdeburg die seiner Stellung im Gewerbe entsprechende Würdigung erfahren wird. Das soll das Gedächtnis und zugleich der Dank sein, den die junge Generation den Gründern des Vereins abstatte. Am folgenden Sonntag fand mittags unter Führung eine Besichtigung des abschreckendigen Domes statt mit anschließender Turmbesteigung.

Mainz. Unsr Bezirksversammlung am 26. Juli ehrte eingangs das Andenken der so jäh uns Leben genommenen schlesischen Bergarbeiter. Die Zahl arbeitsloser, kranker und invalider Kollegen beträgt im Bezirk 116. Durch den Abzug fremder Nachzügler ist es dem Gewerkschaftsstellort nunmehr möglich geworden, ein Haus zu ersteigern, das zu Geschäftszimmern eingerichtet wird. Vorstehender Bezirk nahm Johann im besondern Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Jugendlosigkeit zum „Stahlhelm“ usw. verboten ist und brachte die auf dem 14. Verbandstag in Frankfurt a. M. gefaßte Entschlieung erneut in Erinnerung. Nach den Vorbermittlungen in jüngerer Zeit ist eine regere Agitation genannter Vereinigungen zu erwarten, weshalb die jüngeren Kollegen besonderen Hinweis erführen. Die Versammlung nahm ferner von einem Schreiben des Gaus Mittelrhein Kenntnis, wonach zu Anfang November d. J. in Bernau in der Bundeschule ein vierwöchiger Kursus für Angehörige der graphischen Berufsstände stattfindet. Ein weiterer Tagesordnungspunkt betraf die Neuordnung des Bezirksbeitrags. Infolge miffliger Verhältnisse wurde der Beitrag 1929 erhöht und beschloßen, ihn zu genebener Zeit wieder auf die alte Höhe zu reduzieren. Da aber unsre brüderlichen Ausgaben, für die **ausstehenden Kollegen - und 2500 Mk. -** betragen wurde dem Vorstandsantrag, den Bezirksbeitrag zu Gunsten der Durchreisenden in seiner jetzigen Höhe zu belassen, einstimmig zugestimmt. Unter „Tariffragen“ wies der Vorsitzende u. a. darauf hin, bei Verleihungseinstellungen ein wachsame Auge zu haben. Weil der 11. August in Hessen als Verfalltag für uns als nichtbezahlter Feiertag und der 15. August auch als solcher in Betracht kommt, wurde verfaßt, mit der Prinzipalität eine Einigung über den Zahlungsmobus zu erreichen, was leider ergebnislos verlief. Besonders bezeichnend Charakter hatten die Ausführungen des Vorsitzenden und eines Redners über das Schwerbeschäftigtengele, ebenso über den Kündigungsschutz und Kohnindifferenz bei Krankheitsfällen. Unterfucht wurden diese Ausführungen durch eine Anzahl diesbezüglicher gerichtlicher Entschiede. Mit der Bekanntgabe einzelner Veranlassungen der Sparten schloß die anregend und sachlich verlaufene Versammlung.

Bad Mergentheim. Am 6. Juli fand hier die halbjährliche Bezirksversammlung des Jagstkreises statt, mit der auch das Bezirksjohannisfest verbunden war. Auf der Tagesordnung standen zwei Referate und die Wahl eines Bezirkslehrlingsleiters. Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden R. Schmid (Aalen) beandete Kollege Lieber (Stuttgart) die heutige wirtschaftliche Lage und fand mit seinen gut verständlichen Ausführungen ungeteilten Beifall der Versammlung. Über die Notwendigkeit der Handseherpartei referierte Kollege Zengerle (Stuttgart), und sein Wunsch war, daß alle Ortsvereine, auch die Kleinlein, Handseherpartei gründen. Als Bezirkslehrlingsleiter wurde Kollege Scherer (Gmünd) einstimmig gewählt. — Nach Schluß der Versammlung fand ein Rundgang durch das herrliche Heilbad Mergentheim mit seinen prächtigen Kuranlagen statt, der zu allgemeiner Zufriedenheit ausfiel. Nach dem im Stadtgartenrestaurant eingenommenen Mittagessen begann die eigentliche Johannisfeier. Der Kollegenhaft von Mergentheim gebührt der Dank aller Teilnehmer, war es doch wieder einmal ein recht gemüthliches Zusammensein der Kollegen des Jagstkreises. Für das nächstjährige Bezirksjohannisfest wurde Aalen bestimmt.

Naumburg a. d. S. (Wierzelljahrbericht.) In unsrer Aprilversammlung wurden 12 Neuausgewählte, die sämtlich bisher der Lehrlingsabteilung angehört, in unsre Reihen aufgenommen. Uns Anlaß des 50jährigen Verbandsjubiläum des Kollegen Franz Sängler und der 50jährigen Berufsjubiläum zweier anderer Kollegen fand am 26. April eine Familienfeier statt. Die Abrechnung über das erste Vierteljahr wurde erstattet, und es mußte leider festgesetzt werden, daß die Kassenlage keine sehr günstige ist. — Die Abhaltung des Kassenfestes in der bisherigen Form wurde in der Waierversammlung beschloßen. Hinweife auf andre örtliche Veranlassungen wurden gegeben. — Der am 23. Juli stattfindenden Versammlung ging eine Ehrung des verstorbenen Kollegen Chr. Fischer in der üblichen Form voraus. Wieder konnte ein Neuausgewählter aufgenommen werden. Die Abrechnung über das zweite Vierteljahr ließ eine Verbesserung der Kassenlage erkennen. War im bisherigen Verlauf des Vierteljahrs eine erhöhte Einstellung von arbeitslosen Kollegen gegeben, so änderte sich dies leider am Schluß

deselben. Entlassungen fanden statt, so daß wieder etwa 25 Kollegen arbeitslos am Orte vorhanden sind. Die Lehrlingsabteilung zeigte unter ihrem neuen Leiter erhöhte Tätigkeit. Sie beteiligte sich auch an dem Jungbuchdruckerfesten in Magdeburg.

Offenburg. Zur Feier des 30jährigen Bestehens unsres Ortsvereins sowie zur Ehrung Meister Gutenbergs und eines verdienten Kollegen kamen die hiesigen Kollegen mit ihren Familienangehörigen am 19. Juli im festlich dekorierten Saale der „Neuen Waiz“ zahlreich zusammen. Ein Musikstück leitete den Abend ein zur Begrüßung der Kollegen und auch der Gäste, die von benachbarten Ortsvereinen, vom Bezirks- und Gauverband sowie vom verwandten graphischen Gewerbe am hiesigen Plage erschienen waren. In den Begrüßungsworten des Vorsitzenden Litterst wurde auch der Tote gedacht, sowohl derjenigen des Krieges, insbesondere aber der verdienten alten Träger des Organisationsgebantens, die einst an der Wiege unsres Ortsvereins gestanden und ihn viele Jahre mit voller Hingabe betreuten. Ein Basello und der Festchor „Heil Gutenberg“, vorgetragen von Kollegen unter Leitung von Herrn Scholz, leitete über zur Festanrede des Gauvorstehers Sandfort (Freiburg), der ein anschauliches Bild zeichnete von dem Ortsverein, aber auch ein solches des Gesamtverbandes von dessen Gründung an bis heute. Seine Grüße und Glückwünsche galten neben dem Ortsverein und dem zu ehrenden Kollegen auch dem Schöpfer des Handwerkes, dessen Erbe in seinem Sinne fortzupflanzen unsre erste Aufgabe ist. Die Ehrung des Kollegen Joseph Silkenbrand für sein jahrelanges, opferreiches Arbeiten als Kassierer im Interesse der hiesigen Kollegen und auch der wandernden Buchdrucker war eine recht herzliche und auch eine verdiente Dankesbezeugung, die von verschiedenen Seiten erfolgte. Große Gemüthlichkeit, durchflochten mit musikalischen und gesanglichen Darbietungen, hielt die Buchdruckerfamilie noch lange beisammen, und der sonntägliche Frühlingshoppens ließ in bester Stimmung die Festlichkeit harmonisch ausklingen.

Schwerin i. M. (Handseher.) Der Einladung des Vorstandes unsrer Gauvereinigung zu einer Handsehertragung des Gaus Mecklenburg-Libitz am 27. Juli in Schwerin-Zippendorf waren erfreulichweise die Kollegen zahlreich gefolgt. Rund 50 Proz. der im Gau in der Sparte organisierten Handseher trafen im Laufe des Vormittags per Bahn oder Autombus ein, zum Teil von ihren Damen begleitet, die den Vormittag zu Besichtigungen der Stadt bzw. der reizvollen Umgebung benutzten. Es war eine stattliche Versammlung, die Kollege Bünger um 10½ Uhr mit Worten der Begrüßung und einer Einleitung eröffnete, in der er besonders darauf hinwies, daß auch in unserm Gau die Handseher ihre Gleichgültigkeit abgestreift hätten, um kräftig mitzuwirken an ihrer ideellen und wirtschaftlichen Zukunft. Weiter wies er auf die letzte Tarifverhandlung hin, wo von den Vertretern der Handseher eigentlich eine glatte Selbstverständlichkeit, nämlich die Sicherung des Arbeitsplatzes der Handseher, erst habe erträmpft werden müssen. Wer solche Erfolge begreife und auch in Zukunft verlange, müsse aber unbedingt die Sparte unterstützen, denn Erfolge wären nur möglich, wenn die Zentralkommission sich auf eine starke Kollegenschaft stützen könne. Um den Zusammenschluß weiter zu kräftigen und das persönliche Kennenlernen zu unterstützen, sei die Einberufung des Handseherlages erfolgt. Darauf ergriffen die anwesenden Gäste das Wort, um der Tagung guten Erfolg zu wünschen. Es sprachen für die Zentralkommission Kollege Fiedler, für den Gauverband Kollege Dahndek, für die Hamburger Vereinigung Kollege Cohn und für die anwesenden Spartenvertreter Kollege Gielow. Den Kassierbericht gab Kollege Kramer. Er konnte mitteilen, daß, besonders durch eine Beifolge des Gaus, die Kassenverhältnisse gute sind. Die nun folgenden Berichte der Gaus und der Ortsvereinigungen gaben viel des Interessanten. Die Zahl der Spartenmitglieder beträgt etwa 260. Der Vorstand agitiert regem im Gau und erhofft bald weitere Erfolge. Von den Arbeitslehrenden würde ihre Arbeit noch zu wenig verstanden, doch das Gute müße sich Bahn brechen. Auch eine Berechnungskommission mit Kollegen Siebmann an der Spitze sei vorhanden, um die Kollegen vor Übervorteilungen zu schützen. Eine Keilspartafasse sei eingerichtet, um später die Besichtigung eines Berliner Großbetriebes und des Verbandsheuses vorzunehmen. Aus den Vereinigungen wurde durchweg über schlechte Beschäftigungsmöglichkeit berichtet. Außer in Libitz, wo ein Teil der Handseher noch nicht den Nutzen der Sparte erkannt hat, haben die Ortsgruppen ihre Kollegen fast reiflos in sich vereint. Eine Antragstellung war von Schwerin und Libitz erfolgt. Die beiden Schweriner Anträge, die eine Unterstützung der anwesenden Arbeitslosen und die Herstellung von Druckmaschinen für die Gauvereinigung durch ein Preisausschreiben fordern, fanden einstimmige Annahme, ebenso wurde der Libitzer Antrag, alljährlich ein Gauhandseherfesten abzuhalten, angenommen. Ein anderer Libitzer Antrag, für den nicht der Handseherstag, sondern der Spartenkongreß bzw. der Verbandstag zuständig sind, wurde zurückgewiesen. Hierauf referierte Kollege Fiedler über das Thema „Der gegenwärtige Stand und die Bedeutung der Handseherpartei“. Er verstand es in ganz vorzüglicher Weise, die Zuhörer durch seine sympathische Rede, welche in seinen Dukt zu gehen, wie auch der Inhalt seiner Ausführungen äußerst interessant und lehrreich war. Hier wurde den Kollegen einmal sehr klar und deutlich gesagt, daß, wenn sie Fortschritte in der Gewerkschaft, wie auch in der Spartenbewegung verlangen, sich selbst tatkräftig in deren Dienst stellen müssen. Weicher Beifall wurde dem Referenten zuteil. Ein Antrag, eine Diszussion nicht stattfinden zu lassen, wurde angenommen. Mit einem nachmaligen kräftigen Applaus an die Kollegen fand die Versammlung ihren Abschluß. — Die anschließende Mittagstafel, auf der auch unsere Damen erschienen waren, wurde durch Musik und gemeinsamen Gesang umrahmt. Sodann führte uns ein herrlicher Spaziergang nach dem Restaurant „Fähr“, wo an gemeinsamer Tafel der Kaffee eingenommen wurde. Ein eingehendes Gewitter verjagte uns leider bis zur Abfahrt des Dampfers aus dem Garten. Nach etwa einstädtiger Fahrt auf dem Schweriner See trafen die Teilnehmer wieder in der Stadt ein, von wo ein Teil der Kollegen dann bereits abfahren mußte. Die noch bis abends gegen 11 Uhr bleibenden Gilttrouer und Libitzer Gäste verbrachten mit uns gemeinsam den Abend im Restaurant „Paulshöhe“. Alles in allem: Ein Tag, wie er sein mußte! Alle Teilnehmer werden sich sicher gern dieses Tages erinnern.

Allgemeine Rundschau

Aufhebung der Durchreiseperrre in Österreich. Das Internationale Buchdrucker-Sekretariat gibt hiernit Kenntnis von der an seine Adresse gelangten Mitteilung des österreichischen Verbandes, daß die Sperre für die Durchreise durch Österreich am 15. August wieder aufgehoben ist. Nach wie vor hat sich aber jeder Kollege, der ein Arbeitsangebot nach Österreich hat, vor Antritt der Stelle bei der allein zuständigen Verbandsabteilung in Wien zu erkundigen.

Aktion, Gaulehrlingsleiter! In diesen Tagen geht den Gaulehrlingsleitern wiederum eine größere Sendung von Austauschdruckmaschinen und sonstigem Material zu. Diese Druckmaschinen sollen nach Stoffgebieten geordnet und aufgegeben und den örtlichen Lehrlingsleitern zu Ausstellungswecken usw. zur Verfügung gestellt werden. Allein die Sendungen aus diesem Jahre reichen zur Behebung der Arbeit in den einzelnen Gruppen aus. Vom Verbandsverband werden die feiler üblich gewesenen Mappen mit Hilfsmitteln für die Lehrlingsleiter nicht mehr versandt, seitdem der Druckausaustausch in die Wege geleitet ist.

Zwischenprüfung in Krefeld. Die Prüfung fand am 29. und 30. Juli 1930 in der hiesigen Kunst- und Gewerbeschule statt, unter Hinzuziehung des Gewerbelehrers Junken von der Berufsschule Krefeld. Es wurden insgesamt geprüft: 15 Seher, 15 Drucker und 1 Stereotypenlehrling. Geprüft wurden die Lehrlinge aus folgenden Orten: Krefeld, Alev, Kellen, Kewelaer, Deht und Neuf. Das Ergebnis der Prüfung war folgendes: **Theoretische Prüfung:** 4 Gut, 5 Genügend, 2 Ungenügend. **Drucker:** 1 Gut, 5 Genügend, 9 Ungenügend. **Stereotypen:** 1 Genügend. **Praktische Prüfung:** Seher: 6 Gut, 7 Genügend. **Drucker:** 14 Gut, 1 Genügend. **Stereotypen:** 1 Gut. Von dem einzelnen Ergebnis des einzelnen Lehrlings werden die einzelnen Lehrer schriftlich verständigt mit einem Hinweis auf die Fehler, in denen der Prüfung die Erwartungen nicht erfüllt hat. Die Prüfung ergab, daß die Prüflinge aus Krefeld, welche den Vorzug haben, in der hiesigen Berufsschule einen guten Fachunterricht zu erhalten, schlechtere Prädikate erzielten als diejenigen Lehrlinge, die auf diesen Vorzug verzichten mußten. Es sei hier also festgesetzt, daß die Lehrlinge ein großes Teil selbst Schuld am schlechten Ergebnisse tragen, die vorwiegend in der theoretischen Prüfung erteilt wurden.

Eine Arbeitsmarkt-Blüte. Die „Zeitschrift“ Nr. 63 vom 8. August 1930 enthält folgendes Inserat:

1916er. Schriftseher (Wayer), in allen Sabarten bew., sucht **Boloniar-Stelle**

wo ihm Vorgesetzten geboten ist, sich noch weiter auszubilden. Abgeschlossene Vberreit. Am flinkes Arbeiten gewöhnt. Verlaßes Fachkenntnis erwünscht, aber nicht Bedienung. Inehr. unt. 12500 an die Geseh. dieses Blattes erbeten.

Allo: Abgeschlossene Lehrtät, am flinkes Arbeiten gewöhnt, geringes Tagelohn erwünscht, aber nicht Bedingung. Endlich ein Lichtstrahl für die armen Prinzipale! Ein Arbeiter, der ein solches Angebot macht, ist eine Anekdote. Entschuldigend. Könnte höchstens seine Jugend in Betracht kommen. Dem 19-jährigen Schriftseher wird es lieber noch an gewerkschaftlicher Erfahrung mangeln. Wer: Wie konnte die „Zeitschrift“, das offizielle Organ des Deutschen Buchdrucker-Bereins, dieses Inserat aufnehmen? Weiß die Leitung der betreffenden Geschäftsstelle nicht, daß ein gelernter Facharbeiter niemals in seinem Berufe als Boloniar tätig sein kann? Weiß dieses offizielle Organ eines Tarifkontrahenten nicht, daß nach § 4 Ziff. 6 des Tarifs für Gehilfen, die in ihrer Erwerbstätigkeit beschränkt sind, nur unter Mitwirkung der vertragstehenden Organisationen ein Lohn vereinbart werden kann, der niedriger ist als der örtliche Tariflohn? Da aber der Stellenjunge an flinkes Arbeiten gewöhnt ist und eine abgeschlossene Lehrtät hinter sich hat, kommt selbst diese einzige tarifliche Möglichkeit, unter dem vereinbarten Tariflohn arbeiten zu dürfen, nicht in Betracht, sondern nur der volle Tariflohn. Darauf hätte die Redaktion oder Geschäftsstelle der „Zeitschrift“ den Inserenten aufmerksam machen müssen und die Veröffentlichung des Inserates, da gegen den Tarif verstößend, mußte abgelehnt werden.

Probabzüge und Mehrfachkorekturen. Nach einem gerichtlichen Gutachten (C 12 353/29 [XII A 4]) der Berliner Industrie- und Handelskammer ist es im deutschen Buchdruckgewerbe nicht üblich oder Handelsgebrauch, daß bei jeder Auftragserteilung dem Auftraggeber ohne Berechnung ein Probabzug eingereicht sei, und daß die Probabzüge mehrere Male gleichfalls kostenlos korrigiert werden müßten.

Fortführung von Kluges deutschem Wörterbuch. Von dem Etymologischen Wörterbuch der deutschen Sprache, an dem Friedrich Kluge seit seinem Studententage gearbeitet hat, hatte er von 1881 bis 1924 zehn Auflagen besorgt und für die erste zahlreiche Verbesserungen geplant. Diese erste Auflage beginnt jetzt, vier Jahre nach Kluges Tode, bei W. de Gruyter zu erscheinen, und zwar in einer durchgreifenden Neugestaltung, als sie der verdiente Wortforcher seiner hätte vornehmen können, der die letzten 22 Jahre seines Lebens erblindet war und daher nur mit größter Mühe die neuererscheinenden Schriften, namentlich die Sprachvergleichenden, verfolgen konnte. Die Neubearbeitung des Wörterbuchs geschah durch Professor Alfred Goetze in Gießen; den sprachvergleichenden Teil hat der Königsberger Indogermanist Professor Wolfgang Krause übernommen. Das ganze Werk soll in etwa acht Lieferungen, von denen die erste bereits erschienen ist, bis zum Ende dieses Jahres vorliegen.

Kaufkraftausfall durch die Arbeitslosigkeit. Das Konjunkturstatistik macht den auffallendsten Versuch, den Kaufkraftausfall durch die hohe Arbeitslosigkeit festzustellen. Für das erste Halbjahr 1930 wird ein Lohnausfall von 3050 Millionen Reichsmark festgesetzt. Im ersten Halbjahr 1929 wird ein Lohnausfall von 2000 Mill. M., 1928 ein solcher von 1360 Mill. M. und 1927 ein solcher von 1520 Mill. M. angenommen. Der Lohnausfall war im ersten Halbjahr dieses Jahres um eine Milliarde Mark höher als im Vorjahr. Allerdings ist der Kaufkraftausfall mit dem Lohnausfall nicht gleichzusetzen, weil der größte Teil der Arbeitslosen Unterstützung bezieht. Dennoch betrug der Kaufkraftausfall im zweiten Vierteljahr 1930 rund 840 Mill. M. Er war um 600 Mill. M. größer als in der gleichen Zeit 1929. Dieser empfindliche Kaufkraft-

ausfall macht sich hauptsächlich auf dem Gebiete der Konsumgüterindustrie bemerkbar. Rund 55 Proz. der gesamten Ausgaben der Arbeiter wird von den Ausgabeposten Wohnung und Ernährung beansprucht. Infolgedessen werden erst diese Lebensnotwendigkeiten befriedigt. Die Ausgaben für Möbel, Textilien, Vergnügungen usw. erfahren eine desto größere Einschränkung, weshalb sich der Kaufkraftausfall hier so außerordentlich stark bemerkbar macht. Hier liegt also ein Problem, welches von hoher wirtschaftlicher Bedeutung ist. Der wirtschaftliche Schaden der Arbeitslosigkeit tritt unter diesem Gesichtswinkel außerordentlich scharf hervor.

Aufgang der Ausgaben für Krankenversicherung. Das Statistische Reichsamts veröffentlichte jenen eine Übersicht über Einnahmen und Ausgaben der deutschen Sozialversicherung im ersten Vierteljahr 1930. Für die Einnahmen sämtlicher Versicherungswege ist maßgeblich, daß trotz der ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit die Zahl der beschäftigten Personen sich gegenüber dem Vorjahr infolge des großen Zugangs jugendlicher, neu in das Erwerbsleben eintretender Arbeitskräfte noch erhöhte, so daß die Beitragseinnahmen sämtlicher Versicherungsträger mit Ausnahme der Knappschafts-Pensionsversicherung, in der 1929 die Beitragsrate erheblich herabgesetzt wurden, gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind. In der Entwicklung der Ausgaben macht jedoch die Krankenversicherung eine bemerkenswerte Ausnahme. Während bei allen übrigen Zweigen die Ausgaben teilweise sehr erheblich anstiegen, gingen die Ausgaben der Krankenversicherung im ersten Vierteljahr 1930 gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres um 9 Proz., die Ausgaben für Krankengeld sogar um 31,1 Proz. pro Kopf des Versicherten zurück. Die Erklärung ist vornehmlich in der starken Belastung zu suchen, der die Krankenversicherung im ersten Vierteljahr 1929 infolge der Grippeepidemie ausgesetzt war. Aber der Ausgabenrückgang zeigt zugleich, in wie hohem Maße die Vorwürfe gegen eine unbedingte Zuzahlungspraxis der Rasse durch die Versicherten übertrieben sind, so daß die neu eingeführte Erhebung einer Sondergebühr bei Ausstellung eines Krankenscheines gerade auch unter diesen Gesichtspunkten, ganz abgesehen von allen sonstigen sozialen und gesundheitsfördernden Maßnahmen, schärfste Ablehnung verdient.

Flaschen aus Papier. Man kennt die papiernen Trinkbecher, die in Bahnhofsrestaurants, Trimbuden und dergl. zum Ausschank von Bier, Milch und Selterswasser benutzt werden. Der Gedanke liegt nahe, zu versuchen, ob sich das imprägnierte Papier, aus dem diese Becher bestehen, nicht auch zur Herstellung von Flaschen verwenden läßt, was gegenüber der bisherigen Glasflaschen den Vorteil des billigeren Preises, des geringeren Gewichtes und der verminderten Zerbrechlichkeit bedeuten würde. Die praktische Verfolgung der Idee — die in Amerika bereits seit einiger Zeit durchgeführt ist — hat gezeigt, daß das in der Tat möglich ist, und so hat die Glasflasche neuerdings auch bei uns in der papiernen sogenannten „Leibfahrlasche“ (nach dem Namen ihres Erfinders) eine sehr bemerkenswerte Konkurrenz bekommen. Die Herstellung der „Leibfahrlasche“ geschieht nach einem besonderen Verfahren aus chemisch neutralem Papierstoff ohne Verwendung von Paraffin, und zwar in der Weise, daß erst die Fülle hergestellt wird, in die dann von unten der Boden eingestrichelt

Vor jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig Erkundigungen beim zuständigen Bauvorsteher einzuziehen!

Wer diese statutarische Pflicht unbeachtet läßt, der schädigt die Interessen der Organisation und sich selber, denn er hat die Folgen zu tragen!

(Siehe Druckortverzeichnis in den Verbandsausgaben auf den Seiten 47 bis 64).

wird. Der obere Versluß kann auf verschiedene Weise bewerkstelligt werden: erstens durch Breitweihen der Flaschenmündung mit nachfolgendem Blombieren; zweitens durch Überfüllen eines gleichfalls papiernen Trimbüchlers und drittens durch Einpressen eines besonderen Verschlussschlüssels. Der ganze Fabrikationsprozeß erfolgt durch Spezialmaschinen, die bis zu 5000 Flaschen in der Stunde liefern können. Es ist beabsichtigt, die „Leibfahrlasche“ vornehmlich zum Milchtransport zu verwenden, wozu sie sich, abgesehen von ihren oben bereits erwähnten Vorteilen, auch deshalb besonders gut eignet, weil sie im Gegensatz zur Glasflasche kein Licht durchlassen, was auf die Haltbarkeit und Frische der Milch von sehr günstigem Einfluß ist.

- Verstorben**
- In Darmen am 20. Juli der Drucker Robert Hartmann, 53 Jahre alt — Hinterbliebene.
 - In Hara 6. W. am 1. August der Seber Wolf Klinec aus Hildesheim, 43 Jahre alt.
 - In Chemnitz am 20. Juli der Seber Will Albert, 38 Jahre alt.
 - In Dortmund am 25. Juni der Maschinenlehrer Theodor Soltmann aus Hamm i. W., 30 Jahre alt; am 4. August der Korrektoralwalde Anton Kellner aus Dietrich (Nürnberg), 63 Jahre alt.
 - In Gießen am 8. August der Seber Fritz Imberger, 67 Jahre alt — Verwitwt.
 - In Hamburg am 25. Juli der Maschinenlehrer Otto Bornia aus Dabitz, 60 Jahre alt; am 20. Juli der Seber Georg Eberharder aus Weisenheim, 72 Jahre alt; am 7. August der Seberinwalde Albert von Tschiffen aus Hamburg, 60 Jahre alt; am 9. August der Druckerinwalde Wilhelm Sittich aus Altona, 76 Jahre alt.
 - In Kiel am 20. Juli der Seberinwalde Julius Salomon aus Braunsfeld, 63 Jahre alt — Ungenau benannt.
 - In Kottbus am 10. August der Seber Moritz Furschka aus Bitterfeld, 64 Jahre alt — Schwanhals.
 - In Kumburg am 4. August der Buchdrucker Fritz Geier, 40 Jahre alt.
 - In Kurland a. d. S. am 9. August der Seberinwalde Georg Oehlmann aus Eweritz, 67 Jahre alt.
 - In Kurland am 27. Juli der Schweizerdenk Wilhelm Siedel aus Barmen, 60 Jahre alt.
 - In Sankt Petersburg am 6. August der Seber Benedict Werdner aus Barmen i. Altstadt, 57 Jahre alt — Verwitwt.

Briefkasten

F. R. in G.: Gerade das von Ihnen angeführte „Sittengesetz“ rechtfertigt die Aufnahme des betreffenden Briefes; auch scheint Ihnen unbekannt zu sein, daß die gesamte christliche Gewerkschaftsvereine, einschließlich „Luzifer“, schon längst vorüberwiegend in die Briefkasten verlegt sind. Der Brief, den Sie erwähnen, ist ein solches; er ist in der Tat ein solches, und es ist nicht möglich, ihn in den Briefkasten zu legen. Ich bin für die Briefkasten verantwortlich zu machen, Verbleiben einzeln.

Personen in solcher Weise zu verallgemeinern, ist nicht nur unangebracht, sondern beleidigend für jeden christlichen Menschen. — S. in N. Nr. 88: 7,50 M., S. in G. Nr. 88: 4,30 M., — in N. Nr. 89: 10,00 M., S. in G. Nr. 89: 5,10 M., — S. in N. Nr. 90: 7,35 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreilindstraße 6. Fernruf: Amt Bergmann 119, 3141-3145. Postkonto: Bank der Arbeiter, Kassenleiter und Beamten, 806, Berlin S 14, Poststraße 65. Postfachkonto Berlin Nr. 1033 87 (W. Schwenke).

Weldnungen an den „Kor.“ auf Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10 unter „Geschäftsstelle des Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“, Berlin SW 61.

Verbandsausbezug

Kollegen, die das Verbandsausbezug befehlen wollen, müssen sich bis spätestens 11 Uhr vormittags im Zimmer 13, 3. Etage melden. Es findet nur eine tägliche Abholung statt. Ausnahmen, ohne vorherige Vereinbarung, können nicht gemacht werden.

Direktor. In der Zeit vom 12. August bis 3. September ist das Büro wie folgt geöffnet: Montags bis Mittwochs von 7 bis 7 Uhr abends, Donnerstags und Freitags von 11 bis 12 Uhr vormittags, Sonnabends von 5 bis 7 Uhr abends. Alle die Organisations- und sonstigen Angelegenheiten sind an das Büro des Verbandsbüros, Poststraße 65, zu richten, — während oben genannten Stunden wird auch das Direktorenamt an der Poststraße ausgeübt.

Adressenveränderungen

Leipzig, Gauschstraße 10: Max Decker, Leipzig S 8, Baumstraße 4. Sämtliche Adressen sind bis auf weiteres an den zweiten Vorbieren Karl v. Arlt, Neulieb, Luisenstraße 2, zu richten.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einnahmen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse): Im Gau Hannover der Schweizerdenk Willi Freist aus Osterloh; war schon Mitglied. — Gustav Finant in Hannover, Mittelstraße 7, II.

Reise- und Arbeitsunterstützung

Amsterdam, Wiltenburg. In Amsterdam der schlechten Reisekosten erfolgt die Abgabe des Reisekosten nur noch auf Ausgesessene. Die Auszahlung erfolgt nur auf den 12. und 13. Uhr in dem Bereich des „Boten vom Unter-Water“, Wiltenburg, Marktplatz, durch Vorweisung des Reisepasses. Durch die Spannung unserer Postkasse seitens der durchgehenden Kollegen sind die Ausgaben des Reisekosten nur noch auf Ausgesessene und Mitgliedsvereine zu geben.

- Veranstaltungen**
- Nachm. Bezirksversammlung am Sonntag, den 11. August, nachmittags 3 Uhr, in Jülich. — Anträge an dem Bezirksvorsitzenden.
 - Mieleitz Bezirksversammlung am Sonntag, den 11. August, vormittags 10 Uhr, im „Birnereheim“ bei Hagenow, Marktstraße 27.
 - Raasbüll Bezirksversammlung am Sonntag, den 18. August, abends 7 1/2 Uhr, im „Frankfurt“, M 2, 12.
 - Wiedersheim Bezirksversammlung am Sonntag, den 11. August, vormittags 10 Uhr, im „Vereinsheim“, in Wiedersheim, Am Ringer.
 - Sachsen, Bezirksversammlung am Sonntag, den 16. August, abends 8 Uhr, in der „Stumpfen Gde.“
 - Stargard i. Pom. Bezirksversammlung am Sonntag, den 11. August, vormittags 10 Uhr, im „Schützenhaus“, in Stargard i. Pom. Nr. 11, 11.
 - Wismar, Bezirksversammlung am Sonntag, den 18. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Vollenden Wecker“.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die stebengefaltene Millimeterhöhe für Stellengesuche und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art.

Anzeigen

Annahmefluß: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

Schwefelbad
heiß
Rheuma, Gicht, Ischias, Leber, Galle, Haut- und Nerven- und Ganzjährig geöffnet, keine Kurlaxe, Prospekt durch die Stadt-Badeverwaltung.

Langensalza Th
heiß
Frauenleider, Blähungen, Katarakte, Metallvergiftungen.

Berufsleitung
Verlag des Bildungsverbandes d. D. S., Berlin SW 61, Dreilindstr. 5.

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe
von J. R. Lindt, Mitglied der Meisterprüfungskommission, mit besonderer Berücksichtigung des neuen Buchdruckertarifs und den Richtlinien des D. S. W. Nr. 1028, 6.30 M. bei Voreinsendung, 6.00 M. per Nachnahme. (1934) 7. D. Klnbl, Mlnchen, Kumpfordstraße 27, Postfachkonto 010.

Bein Angler Feld — ralei Dein besser Freund? Mate!

Knorr's Mate (Harnsäure-Gegner)
Das lebensverderbende Nationalgetränk der Salmatier (Korn) bebaut von Unreinheit und Seltung. Das Garantie-Naturprodukt gegen Rheuma 1 3 Pfund brutto 6 M., 1 Pfund 2 M. (Garantie: Rückzahlung bei Mangel!) Preis im Haus durch Kollegen Alfred Knorr, Dresden 5, Postfach 1800

Preisliste: Knorr's Mate, Dresden 5, Postfach 1800. Fernruf: Knorr's Mate, Dresden 5, Postfach 1800. Fernruf: Knorr's Mate, Dresden 5, Postfach 1800.

Altkidzenzeher
junge, zeichnerisch talentierte Kraft, zum gelegentlichen Antritt gesucht. Angebote mit Unterlagen an: **Eugenblatt-Haus, Koburg.**

Drucker
19 Jahre alt, firm an Ziegel und Schnellpresse mit Anlegeapparat (Rationaler und Universal) sowie gut bewandert im Werk, Kleiden, Illustrationen, Zinsen, Berechnungen und Geländeberechnungen. Gleichwohl in der Schriftleitung erbeten an: **Sup. Schilling, Dillingen a. R., Bahnhofstraße 30 (Wirtzemb.).**

Welcher Kollege bietet jüngem Seher

Kost und Logis
ab 1. September auf vier Wochen im Norden Ostelns!

Angebote mit Preis unter Nr. 890 an die Geschäftsstelle des „Kor.“.

Erzgebirge!
Empfehle Erholungsuchenden und Wandern in meinen neuerrichteten Privatwohnungen, einige saubere Zimmer mit bester Bettenzahl zu mäßigen Preisen. Waldwege und zentrale Lage im Erzgebirge. Walter Weigand, Zanker 1. Erzg., Vaterhaus.

Seien im Satz!
Kollegen, welche im Jahr Ihre Ferien verleben wollen, empfangen die Monate Sept., Okt., Febr., Mlnmer m. 2. Welt. bei bltt. Vereinen. Mlge Bobetal. Ich lte lde glnst. Zeit, wman von d. S. W. d. Klntze fernbleiben lte. Kart. Erzg. lte, Chale a. S., Schillerstraße 5.

Am 10. August ist unser lieber Kollege, der Maschinenseher **Gustav Duda** aus Paris, im Alter von 63 Jahren einem Motorsradunfall zum Opfer gefallen. Wir werden dem so früh von uns Geschiedenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Maschinenseherverein für den Gau Württemberg.

Nach kurzer Krankheit verchied am 10. August während eines Spazierganges unvermutet an einem Schlaganfall unser lieber Kollege, der Seher **Moritz Jurtscha** aus Pfaffenwalde, im Alter von 64 Jahren. 1896

Mit ihm ist einer unserer besten dahingegangenen, der in früheren Jahren auch verschiedene Ehrenämter bekleidete. Sein lauterer Charakter, seine stets Hilfsbereitschaft haben ihm in 45-jähriger Verbandsmitgliedschaft ein dauerndes, ehrendes Andenken gesichert.

Seher- und Ortsverein Kottbus.

„Typographia“, Gefangenen-Kolttbuser Buchdrucker.

Bildungsverband, Ortsgruppe Kottbus.

Am 29. Juli verchied nach langem Leiden an einer Herzkrankheit unser lieber Kollege, der Drucker **Robert Karthaus** im Alter von 53 Jahren.

Am 9. August verchied an Altersschwäche unser lieber Kollege, der Seher **Albert Curian** aus Mllhelm (Ruh). Ein ehrendes Andenken bewahrt Ihnen **Orts- und Bezugsverein Barmen.**

Am 7. August verchied nach langjährigem Mllglied, der Seherinwalde **Albert v. Thießen** aus Hamburg, im 69. Lebensjahre. 1885

Mit dem Verchiedenen verlieren wir wieder ein älteres Mllglied, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 1. August verchied plöthlich und unerwartet unser lieber Kollege, der Schriftseher **Holst Heinicke** aus Königsberg, im Alter von 43 Jahren, nachdem er erst vor kurzem seine 53-jährige Verbandsmitgliedschaft feiern konnte. Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten.

Ortsverein Durg b. M.

Am 8. August verchied unser lieber Kollege, 1887 im Alter von 63 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Veren Zeiliger Sterotypseher und Galvanoplastiker.**

Am 9. August verchied nach langer Krankheit unser lieber Kollege, der Seherinwalde **Georg Grün** aus Epper a. Rh., im Alter von 67 Jahren. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. **S. v. Neupfadt a. d. S. Spt.**

Am 5. August verchied nach langem schweren Leiden unser lieber Kollege, der Seher **Otto Krufe** aus Neustrelch, im Alter von 48 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt Ihnen **Orts- und Bezugsverein Neustrelch.**

Am 8. August verchied unser langjähriges Mllglied, der Druckerinwalde **Wilhelm Hinrichs** 1880

aus Altona, im 76. Lebensjahre. Der Verchiedene war eines unserer ältesten Verbandsmitglieder. Aber 64 Jahre unter Organisationsansichten, hat er in allen Zeiten die Treue gehalten. Seit Ende 1929 Inwalde, war ihm leider nur ein kurzer Aufbruch beschieden. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.**

Am 11. August verchied an Altersschwäche unser lieber Kollege, der Seherinwalde **Albert Wittmann** aus Wehr, im Alter von 74 Jahren. Am 13. Juni d. J. konnte der Verchiedene auf eine 50-jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken. Wir werden in ihm einen bescheidenen, stets lebenswürdigen Kollegen. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. **Ortsverein Kurland.**

Unser lieber Kollege, der Druckerinwalde **Wilhelm Hinrichs** 1894 aus Altona, wurde durch den Altbewohner Tod in seinem 76. Lebensjahre abberufen.

Am Jahre 1876, gleich nach seiner Heirat, trat er unserm Spartenverein bei, so daß er zu unsern ältesten Mllgliedern gehörte, zu denen, die auch in der Post dem Vereen die Treue bewahren. Wir denken seiner in Ehren! **Maschinenmeisterverein Hamburg-Altonaer Buchdrucker (Gedlnbet 1873).**

Hans Muskat & Co.
Berlin S. Prinzenstr. 98

Ohne Anzahlung
Rate 75 an
Prachtkatalog
Musikhaus
Hans Muskat & Co.
Berlin S. Prinzenstr. 98

Seilenauftragswalzen
Maschinenbänder
Verlag des Bildungsverbandes d. D. S., Ombd., Berlin SW 61.

Gummidrucktuch
Gummibau, Dmderzell (schrlo) telonsbänder, Messingdrabtelbisten, lte, Kart. Erzg. lte, Mlnchen 9, Kolttbusstraße 1.

Verlag: Treubandverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, S. m. d. S., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5 + Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Schaeffer, Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Annahmestelle für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5 + Fernruf für den „Korrespondent“: Berlin, Amt Bergmann 119, 3141-3145 + Druck: Buchdruckwerkstätte, S. m. d. S., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5